

P R O T O K O L L
der 425. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 24. Mai 2022
Zeit	19.30 – 21.55 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Lauper Reto
Mitglieder	Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Bircher Laura, Brunner Joe, Buff Ronald, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gantner Barbara, Gashi Hilmi (ab 19.45 Uhr), Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Grütter Urs K., Gubler Matthias, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Jordi Kevin, Koelbing Martin, Künti Karin (ab 19.45 Uhr), Lanz Kristina, Legler Bettina, Lucas Christoph, Mäder Renate, Meichtry Helena, Messerli Patricia, Schmid Eva, Schnyder-Aellig Kathrin, Siebenrock-Häberli Charlotte, Spycher Christian, Stein Kaspar, Thut Walter, von Gunten Adrian, Zaccaria Angelo, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmenzählende	Koelbing Martin, Stein Kaspar
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Klopstein Carole, Lack Stephan, Siegenthaler Muinde Gabriele, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Balmer Sascha, Leiter Finanzen, zu Trakt. 2 und 3 Rickenbach Rolf, Geschäftsführender Schulleiter, zu Trakt. 4 Schneider André, Geschäftsleiter gbm, zu Trakt. 5
Entschuldigt abwesend	GGR: Lütolf Roland Reimers Markus Schmitter Beat
Protokoll	Schlumpf Sarah
<hr/>	
Geschäfte	11

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 22. März 2022	320
2. Jahresrechnung 2021 der Gemeinde Muri bei Bern	320
3. Stand der Investitionsrechnung 2022 per 31. März 2022 (Realisierungsgrad)	326
4. ICT-Gesamtkonzept Schule Muri bei Bern, Verpflichtungskredit	327
5. Anschluss von 21 gemeindeeigenen Liegenschaften an die Fernwärme; Verpflichtungskredit	331
6. Postulat Bircher (FDP): Coworking-Space Muri-Gümligen; Zwischenbericht und Abschreibung	338
7. Postulat Grossen (forum), Grossenbacher (Grüne), Schmid (SP): Tempo 30 auf Quartierstrassen für mehr Sicherheit und Lebensqualität	339
8. Interpellation Brunner (SP): Videoüberwachung	342
9. Einfache Anfrage Schmid (SP) / Zaccaria (SP) / Gashi (Grüne): Zeichen setzen der Solidarität mit der Ukraine	343
10. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	343
11. Neue parlamentarische Vorstösse	344

Der Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zur 425. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ich begrüsse ebenfalls die Mitglieder des Gemeinderats sowie die Gäste.

Ich begrüsse auch Sascha Balmer, Leiter Finanzen, welcher für die Traktanden 2 und 3 anwesend ist sowie Rolf Rickenbach, Geschäftsführender Schulleiter, zu Traktandum 4. Weiter begrüsse ich André Schneider, Geschäftsleiter gbm, welcher für Traktandum 5 anwesend ist.

Ich begrüsse auch Simon Bähler, Lebenspartner von Carole Klopstein, als Nachfolger von Kristina Lanz in der Grünen Fraktion.

Karin Künti und Hilmi Gashi werden später eintreffen.

Wir haben eine Rückmeldung bekommen von unserer Protokollführerin betr. Audioqualität. Die Akustik in der Mooshalle, war für die Protokollführerin angenehmer. Dort hatten wir das Rednerpult, jeder hat über das Mikrofon gesprochen, welches an das Audiogerät angeschlossen war, über welches die Aufnahme gemacht wurde. Die letzte Sitzung hat ergeben, dass es schwierig ist, das Gesagte zu hören, bei Nebengeräuschen, wie Reden, Husten, usw. Die Mikrofone sind oben an der Decke, diese Mikrofone sind "hellhörig" und nehmen wahr, wer raschelt usw. Die Protokollführerin ist dankbar, wenn möglichst wenig Nebengeräusche im Raum sind. Ich bitte Euch, deutlich zu sprechen. Wir haben ein Stehpult für die Voten, wer möchte, kann dieses nutzen – dies ist jedoch freiwillig. Wir testen es heute noch einmal und schauen, wie die Audio-datei ausfallen wird.

Genau heute vor einer Woche um diese Zeit standen wir am Buffet und haben uns im Stadion Wankdorf verköstigen lassen. In meinen Augen war dies ein sehr gelungener Abend, ich danke Euch allen.

Für die Abstimmungen werden die abgegebenen Stimmkarten verwendet.

Damit eröffne ich die eigentliche Sitzung. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend; wir sind somit beschlussfähig.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 22. März 2022

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2. Jahresrechnung 2021 der Gemeinde Muri bei Bern

Für die GPK spricht Matthias Gubler: Die GPK behandelte das Geschäft ausführlich an ihrer Sitzung vom 11. Mai 2022, an welcher Finanzverwalter Sascha Balmer und Gemeindepräsident Thomas Hanke alle Fragen bestens beantworten konnten. Das Resultat der Jahresrechnung ist sehr erfreulich. Der Gesamthaushalt schloss nach Verbuchung der finanzpolitischen Reserve mit einem Ertragsüberschuss von CHF 3'054'354.29 ab. Die Besserstellung gegenüber dem Budget 2021 beträgt CHF

6'927'256.06. Der Hauptgrund dieses guten Ergebnisses liegt im Steuerertrag, welcher deutlich besser ausgefallen ist, als erwartet. Es kam zu einem Mehrertrag von CHF 6,8 Mio., welcher hauptsächlich aus Veranlagungen aus Vorjahren bei den natürlichen und juristischen Personen zustande gekommen ist. Ebenso konnten erneut Mehrerträge bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern verzeichnet werden. Mit der Allgemeinen Neubewertung erfuhren die Liegenschaften des Finanzvermögens eine Aufwertung von CHF 4,43 Mio. Dieser Ertrag ist aber erfolgsneutral, da er direkt in die "Spezialfinanzierung von Schul- und Verwaltungsanlagen" umgebucht worden ist.

Die Gemeinde verfügt nun über ein Eigenkapital von CHF 40,81 Mio., was knapp 10 Steuerzehnteln entspricht. Damit sind die Finanzen der Gemeinde sicher sehr gesund. In der Investitionsrechnung haben wir Ausgaben in der Höhe von CHF 4,1 Mio. gegenüber den budgetierten CHF 7,3 Mio. im Buche. Der Realisierungsgrad liegt mit 60 % immer noch sehr tief.

Die GPK empfiehlt dem GGR einstimmig die Annahme der Jahresrechnung.

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Vorab möchte ich Sascha Balmer und seinem Team danken für die gute Vorbereitung des Geschäfts. Dies war für ihn ein steiler Einstieg – im Oktober angefangen, da konnte er noch etwas ausruhen, danach ging es los. Es liegt ein gutes Ergebnis vor, und zwar ohne Darlehen an andere Gemeinden!

Auch wenn uns im letzten Jahr die Unsicherheiten bezüglich der steuerlichen Folgen der Corona-Pandemie und der STAF-Massnahmen begleitet haben, dürfen wir heute – mit Blick auf das Resultat – eine sehr angenehme "Vergangenheitsbewältigung" vornehmen.

Teilweise als Wiederholung, teilweise in Ergänzung zum Votum des GPK-Sprechers möchte ich noch ein paar Sachen erwähnen:

- Die Gemeinde Muri hat einen Umsatz von CHF 92,68 Mio., und es liegt ein effektiver Ertragsüberschuss von CHF 3,73 Mio. vor.
- Gegenüber dem Budget ergibt dies eine Besserstellung von CHF 7,62 Mio.

Besserstellung bei den Steuermehreinnahmen haben wir auch gehört. Wenn man es ein wenig aufschlüsselt: 2,1 bei den natürlichen Personen, 4,1 bei den juristischen Personen. Dann ist immer die Frage, wie viel Erbschafts- und Schenkungssteuern budgetiert man? Wie Rolf die Schulklassen nicht auf 5, 6 oder 7 Jahre vorausplanen kann, können wir die Todesfälle auch nicht planen, dies ist einfach ein Unsicherheitsfaktor. Bei kritischerer Betrachtung dieser Mehrerträge fällt auf, dass diese hauptsächlich aus Veranlagungen aus Vorjahren resultieren. Einmal mehr haben somit Einnahmen, welche bei der Budgetierung nicht vorhersehbar waren, zum guten Ergebnis geführt. Diese Zahlen sind nicht nachhaltig aus den Vorjahren, aber wie nachhaltig oder weniger nachhaltig, bleibt offen.

Die Corona-Pandemie hat im letzten Jahr keine grossen Auswirkungen auf den Finanzhaushalt gehabt, auch wenn sich bei einigen Budgetpositionen deswegen Mehraufwendungen resp. Mindererträge ergeben haben. Im Weiteren können wir positiv festhalten, dass der Personal- und Sachaufwand – vor allem bei letzterem können wir aktiv das Ergebnis mitsteuern – im Rahmen der budgetierten Werte gehalten werden können.

Insgesamt hat die Gemeinde CHF 32 Mio. an die kantonalen Finanz- und Lastenausgleiche entrichtet, was 56 % der Gesamtsteuereinnahmen entsprach.

Auch wenn die Grundsätze der kantonalen FILAG-Strukturen unbestritten bleiben, tut dieser über 50 % Anteil weh und schränkt unseren eigenen Handlungsspielraum ein.

Wir haben es gehört, im Gegensatz zum vorderen Jahr, in welchem wir einen Deckungsgrad von 78 % hatten bei den Investitionen, hatten wir letztes Jahr 60 %. Es ist und bleibt ein Anliegen des Gemeinderats, den Realisierungsgrad, wenn

immer möglich bei 85 % zu halten; dies haben wir letztes Jahr nicht geschafft. Die Gründe dazu sind vielfältig und oft auch fremdbestimmt. Und trotzdem müssen wir hier noch zulegen.

So gehen wir zum Beispiel davon aus, dass mit der neu geschaffenen Stelle Projektleitung Hochbau in der Bauverwaltung Gewähr geboten werden kann, die Investitionen zügiger voranzutreiben.

Bei den geplanten Sanierungen des Gemeindehauses – es ist angekündigt, dass bei der nächsten Sitzung der Realisierungskredit vorgelegt wird – und den Schulhäusern Melchenbühl und Seidenberg kommen beachtliche Investitionen auf uns zu, die die Investitionstätigkeiten, welche wir einmal in der Finanzplanung mit jährlich rund CHF 8 Mio. eingesetzt haben, übertroffen haben. Die Kehrseite dieser Investitionen ist eine Zunahme der Schulden, die wir jedoch im Griff halten wollen und können. Wir werden einmal mehr im Herbst im Rahmen der Budgetierung auch wieder auf diese Schuldensituation und deren Handhabung eintreten.

Fazit

Der Gemeinderat darf feststellen, dass die Finanzen in Muri zurzeit auf einer sehr guten und soliden Basis stehen. Trotz dem "Eigenkapital" von rund CHF 41 Mio., was knapp 10 Steueranlagezehnteln entspricht, werden wir aber weiterhin eine sorgsame Finanzpolitik betreiben und uns dabei von den Prämissen Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit leiten lassen.

Besten Dank für die Genehmigung der Jahresrechnung!

Der Vorsitzende: Ich begrüsse Karin Künti und Hilmi Gashi, welche nun eingetroffen sind, wir sind somit 37 Ratsmitglieder.

Bei diesem Traktandum erübrigt sich die Eintretensfrage.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung, bzw. kapitelweise Durchberatung der Jahresrechnung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende: Noch einmal der Hinweis betr. der Audio-Aufnahme. Ich bitte Euch deutlich zu sprechen und möglichst wenig Nebengeräusche zu machen, damit man es gut hört.

Fraktionserklärungen

Urs K. Grütter (SVP): Ich nehme an, dies sind diese zwei Mikrofone da oben. Ich verzichte jetzt, da in den Himmel hinauf zu sprechen. Wenn ich nicht deutlich spreche, bitte sagen.

Besten Dank für die wie üblich sauber abgelegte, sauber strukturierte und gut kommentierte Rechnung. Ich kann hier wirklich nichts sagen, bei der Rechnung gibt es ja eigentlich auch nichts mehr zu holen, das ist gegessen. Ich habe im 2020 bei der Steuersenkung gesagt, es sei ein mutloser Schritt in die richtige Richtung, dies hat sich wieder bestätigt. Ein Steuerzehntel ist bei uns CHF 4,4 Mio. Wir sind nun also statt dem Zielwert von 3 Steuerzehnteln Bilanzüberschuss bei 7,2 Steuerzehnteln Bilanzüberschuss angelangt. In Zahlen heisst dies, wir haben unseren Steuerzahlern CHF 18,7 Mio. zu viel abgenommen. Dies heisst umgelegt auf die Steueranlage, wir könnten locker während 10 Jahren auf 1,1 hinunterkommen oder während 4 Jahren auf 1,04 oder 3 Jahre auf 1,0, und dann hätten wir unseren Steuerpflichtigen die CHF 18,7 Mio. wieder zurückgezahlt oder eben nicht abgeklopft. Man muss sagen, in aller Freude über einen guten Abschluss haben wir nun hier gegenüber unseren Richtwerten doch massiv mehr eingeholt und sozusagen in den Staatsschatz eingelegt, dies entspricht eigentlich nicht dem, was man immer predigt: Nämlich von einer flexiblen Steueranlage, und man soll nicht mehr Steuern holen, als es braucht.

Beim Investitionsplan denke ich, dass wir halt in einer Periode von baulicher Höchstkonjunktur nicht unbedingt einen hohen Realisierungsgrad hineindrücken wollen müssen. Wenn Ihr mit Leuten vom Bau spricht, klagen diese nicht über Auftragsmangel, sondern die sagen, wir können nicht alle Aufträge machen, weil wir nicht genug Personal haben. Dann nützen natürlich auch ein Heer von Projektleitern und neuen und zusätzlichen Projektleitern in einer Verwaltung nichts. Deswegen wird die Kapazität des Baugewerbes nicht höher. Was es dort braucht, sind Bodenleger, Maurer usw., dann kann man auch wieder mehr realisieren. Oder – und ich sehe dies durchaus kommen – mit den steigenden Zinsen wird die Baukonjunktur ein wenig zurückgehen, und in 2-3 Jahren wird man im Gewerbe dankbar sein für diese Aufträge. Man muss nicht unbedingt die Höchstkonjunktur nehmen und versuchen, Projekte durchzudrücken. Das soll unsere Freude am schönen Abschluss nicht mindern, aber man muss doch im Auge behalten, dass wir in der Budgetdebatte dann schwer darüber nachdenken müssen, ob wir nun nicht dieser sozusagen flexiblen Handhabung der Steueranlage nachleben wollen, und den Steuerpflichtigen für die nächsten Jahre eine Entlastung geben, damit wir wieder auf diese Eckwerte zurückkommen.

Hilmi Gashi (Grüne): Vielen Dank für dieses super Papier. Wir von den Grünen sind sehr erfreut über den positiven Jahresabschluss, welcher trotz pessimistischen Prognosen – wie wir es auch im Bericht gesehen haben – gut ausgefallen ist. Wir danken dem Gemeinderat und involvierten Stellen für die saubere und sorgfältig ausgearbeitete Grundlage für die heutige Diskussion und Entscheidung. Wir haben im Bericht lesen können, dass das erfreuliche Resultat auch durch nicht geplante Einnahmen zustande gekommen ist. Wir hatten relativ im satten Minus budgetiert. Wir sind nun in einem guten Plus, und dies ist in diesem Budgetierungsprozess soweit vorhersehbar gewesen und in diesem Sinne – und nicht wie dem Bericht zu entnehmen ist – nicht nachhaltig. Wir freuen uns über das gute Resultat, über die Mehreinnahmen. Wir können damit wichtige Vorhaben finanzieren. Wir können die geplanten Sanierungen der Liegenschaften realisieren, welche wir solange hinausgeschoben haben. Wir müssen aber auch kreativer werden und nicht nur probieren, Substanzerhalt zu betreiben, sondern auch Investitionen im Sinne der Generationengerechtigkeit tätigen und nicht nur sagen: Gut haben wir dieses Geld. Gut können wir dies sanieren, was wir vor uns hergeschoben haben. Wir müssen auch Überlegungen anstreben, wie man den künftigen Generationen mit einer guten, nachhaltigen Finanzpolitik Muri attraktiv machen kann. Wir haben auch dieses Jahr in der Debatte ganz klar gesagt, dass wir, wenn wir von Nachhaltigkeit reden, eher eine ganzheitliche Dimension des Begriffs sehen: Neben Budgetdisziplin, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit stehen für uns auch Solidarität und schonungsvoller Umgang mit Ressourcen im Zentrum. Hier hat unsere Gemeinde immer noch Luft nach oben. Wir wollen uns bei den finanzpolitischen Diskussionen den ganzheitlichen Nachhaltigkeitsbegriff wieder in den Fokus rücken. Für uns ist die Reduktion auf ökonomische Diversion zu kurzfristig gedacht. Es geht uns um eine Finanzpolitik, welche ökologische und soziale Aspekte in die Überlegungen einbezieht auch im Sinne – wie ich es gesagt habe – einer Generationengerechtigkeit. Wir haben jetzt – wenn wir von den wirtschaftlichen Herausforderungen sprechen – gerade eine Pandemie durch und wissen nicht, wie sich die Zukunft finanziell noch entwickeln wird. Wir haben eine Situation, in welcher wir mit dem Ukraine-Krieg nicht nur demokratiepolitisch, sondern auch wirtschaftlich vor Herausforderungen stehen. Es sind nicht nur Betriebe, welche fehlen, sondern auch die Beschaffung der Rohstoffe und die Teuerung, welche auch das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger vor Herausforderungen stellt. Dies sind auch Sachen, welche wir in einer künftigen, nachhaltigen Finanzpolitik einbeziehen müssen. Für uns heisst dies: Ja, Herausforderungen müssen wir anpacken. Für uns heisst dies aber auch: bei der bestehenden Steuerpolitik bleiben. Bei den grösseren Investitionsvorhaben, welche wir gesehen haben im Investitionsplan, wie auch im Hinblick auf die unsichere

Situation in der Ukraine, die wirtschaftlichen Herausforderungen, welche auf uns zukommen, wäre eine Steuersenkung nicht nur falsch, sondern absolut nicht im Sinne der Nachhaltigkeit gedacht. Noch einmal danke für die Aufarbeitung dieser super Unterlagen, wir stimmen dem Jahresabschluss zu.

Eva Schmid (SP): Die Jahresrechnung 2021 hat deutlich besser als budgetiert abgeschlossen, wir haben es schon gehört. Die SP-Fraktion nimmt diesen doch unerwarteten, positiven Abschluss sehr erfreut zur Kenntnis und dem Dank an den Gemeinderat und den Finanzverwalter für die guten Unterlagen schliessen wir uns sehr gerne an.

Wichtig zu betonen ist uns dabei Folgendes: Die Einnahmen, die zu diesem positiven Ergebnis geführt haben, sind nicht nachhaltig. Die Nachhaltigkeitsdefinition haben wir auch gerade gehört. Der Gemeinderat hält dies selbst in seinem Kommentar zum Rechnungsergebnis fest. Die Mehrerträge, sowohl bei den natürlichen als auch den juristischen Personen, resultieren hauptsächlich aus Veranlagungen aus den Vorjahren sowie aus erneuten Mehrerträgen bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern, auch dies wurde bereits erwähnt. Was auch interessant ist, dass sich die Folgen von Covid noch nicht niedergeschlagen haben in diesen Zahlen. Deshalb darf man annehmen, dass vielleicht in den kommenden Jahren ein Backflash kommen wird. Auch ich kann wiederholen, was Hilmi gesagt hat – ich schaue hier bewusst zu der bürgerlichen Seite –, eine erneute Steuersenkung wäre vor diesem Hintergrund ein kapitaler Fehler. Auch vor dem Hintergrund, dass wir uns weltweit in einer Inflation befinden mit einem schrecklichen Krieg, wo wir die Implikationen für uns, für Europa, vielleicht noch nicht einmal ganz sehen können. Beim Selbstfinanzierungsgrad, welcher ja weit höher ist als die eigentlich angestrebten 100 %, was erfreulich ist, bleibt aber die Verschuldungssituation nach wie vor ungelöst. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen bzw. mehrmals: Wir fordern den Gemeinderat erneut auf, legt bitte einen Masterplan zum Schuldenabbau vor. Im Moment stehen wir vielleicht im Rating mit anderen Gemeinden gut da, wenn man Schulden vergleicht. Aber auch hier ist die Frage: Was möchte man der nächsten Generation vererben, wie nachhaltig ist das? Und das Geld ist nicht mehr billig.

Emanuel Zloczower (FDP): Ich muss etwas länger werden, Ihr habt so viel gesprochen, ich habe fast nichts mehr zu sagen. Das Wort Steuersenkung wollte ich heute eigentlich nicht in den Mund nehmen, aber jetzt, da es schon gefallen ist, können wir es uns ja überlegen für die Budgetdiskussion. Aber nun zurück in die Vergangenheit: Wir sind uns bewusst, dass das Finanzergebnis nicht nur nachhaltig ist, wir haben dies nun mehrfach gehört, ich gehe nicht mehr darauf ein. Wir möchten auch der Finanzverwaltung und Sascha Balmer danken für die wirklich gute, transparente und informative Aufbereitung dieser Zahlen. Auch wir sind uns bewusst, dass diese Mehreinnahmen und das Ergebnis nicht nachhaltig sind. Trotzdem werden wir schauen müssen, wie man mit den Zahlen nachhaltig, wirtschaftlich und sparsam umgehen kann, damit wir in Zukunft aus unserer Sicht Notwendiges machen, dies richtig anpacken, und weniger Notwendiges lieber sein lassen. Darauf wollen wir schauen, dies habe ich bereits so bei den letzten Voten zu diesem Thema gesagt. Wir wollen schauen, dass wir unseren Steuerzahlern und der Bevölkerung gesunde Finanzen hinterlegen können, und gleichzeitig aber auch in die Infrastruktur so investieren, dass es wirklich sinnvoll und auch nachhaltig ist, da bin ich mit Euch einig.

Zum Realisierungsgrad ist auch uns aufgefallen, diese 60 % sind nicht überragend. Wir sind uns bewusst, wieso dies so gewesen ist. Wir hoffen, dass es in Zukunft aber durchaus noch mehr vertragen kann. In diesem Sinne wird die FDP sowohl der Jahresrechnung wie auch der Investitionsrechnung zustimmen.

Walter Thut (forum): Ich bedanke mich für dieses "Tischchen". Dies ist genau richtig für die, welche am Dienstagabend um 18.30 Uhr merken, dass die Druckerpatrone leer ist und mit dem Gerät selber kommen müssen.

Was kann man noch anderes sagen nach den Vorrednerinnen und Vorrednern, auch wenn das budgetierte Defizit von CHF 3,8 Mio. schliesslich in einem Ertragsüberschuss von fast CHF 3,1 Mio. endet. Ich weiss, diese Zahlen sind noch etwas kleiner, aber sie sind immer noch gross. Die Fraktion forum genehmigt denn die Jahresrechnung 2021 mit Vergnügen. Es wird Euch aber nicht wundern, dass wir einmal mehr mit der Investitionstätigkeit und mit dem schlechten Prozentanteil der Leistung daherkommen, dies tun wir seit Jahren. Es war immer ein wenig gleich, mal ein wenig besser, mal ein wenig schlechter. Nun haben wir mit dem Immobilien-erwerb die Zahlen noch ein wenig geschönt, aber eigentlich sind sie nicht so berauschend. Wir würden gerne sehen, dass man dies in den Griff bekommt. Dass der Personalbestand, welcher etwas grösser ist, eigentlich noch dazu beitragen sollte und auch im Resultat sichtbar wird. Immerhin ist wenigstens das Geld da für die Hochbauprojekte, die auf die Realisation durch die Gemeinde warten. Aber in Anbetracht der Grösse und der Dringlichkeit der Bauvorhaben müsste man sich vielleicht Gedanken machen, ob man Unterstützung von ausserhalb holen sollte, nicht nur partiell, sondern ganz gross, dass man wirklich etwas Ganzes ausserhalb einkauft. Dies ist der Vorschlag, wenn wir nicht klar kommen mit all diesen Schulhäusern, dem Gemeindehaus und anderem Grosse, was auf uns wartet. Ich denke, wir müssen trotzdem dranbleiben und nicht warten, bis die Handwerker billiger werden. Hervorheben möchte ich aber positiv die Aspekte der Rechnung, die Darstellung, die Lesbarkeit. Verschiedene, beeinflussbare Posten sind nur leicht über den budgetierten Beträgen, andere gar darunter. Ein Geschenk, das uns immer mal wieder zufällt, ist der Fiskalertrag. Dass wir dieses Geld nicht leichtfertig verprassen, scheint unter uns selbstverständlich zu sein und eilt dem Ruf der Gemeinde voraus, dass wir als Gemeinde Sorge tragen zu den Finanzen. In der Jahresrechnung wird Politik und Verwaltung fürs Masshalten gedankt. Dem Dank an alle Beteiligten schliessen wir uns gerne an.

Detailberatung

Kapitel 1, Berichterstattung, Seiten 3 – 10

Keine Bemerkungen

Kapitel 2, Eckdaten, Seiten 11 – 15

Keine Bemerkungen

Kapitel 3, Bilanz, Seite 16

Keine Bemerkungen

Kapitel 4, Funktionen, Seiten 17 – 24

Keine Bemerkungen

Kapitel 5, Sachgruppen, Seite 25

Keine Bemerkungen

Kapitel 6, Geldflussrechnung, Seite 26

Keine Bemerkungen

Kapitel 7, Finanzkennzahlen, Seiten 27 – 29

Keine Bemerkungen

Kapitel 9, Bestätigungsbericht, Seite 31

Keine Bemerkungen

Kapitel 10, Genehmigung der Jahresrechnung, Seite 32
Keine Bemerkungen

Kapitel 11, Anhang, Seiten 33 – 54
Keine Bemerkungen

Kapitel 12, Details zur Jahresrechnung, Bilanz, Seiten 55 – 62
Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Funktionen, Seiten 63 – 95
Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Sachgruppen, Seiten 96 – 103
Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung nach Funktionen, Seiten 104 –108
Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung nach Sachgruppen, Seiten 109 – 110
Keine Bemerkungen

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Matthias Gubler (GPK) noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (37 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Jahresrechnung 2021 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 3'083'756.06 im Gesamthaushalt wird genehmigt.

3. Stand der Investitionsrechnung 2022 per 31. März 2022 (Realisierungsgrad)

Für die GPK spricht Matthias Gubler: Die GPK hat den Bericht über den Stand der Investitionsrechnung besprochen und geprüft. Im Investitionsplan 2022 sind gesamthaft CHF 13,5 Mio. vorgesehen. Bis Ende März sind CHF 1,2 Mio. bereits belastet worden. Der Gemeinderat geht davon aus, dass bis Ende 2022 CHF 8,5 Mio. investiert sein werden.

Die GPK nimmt den Informationsbericht zur Kenntnis.

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Eva Schmid (SP): Wenn ich gewusst hätte, dass alle die Geschäfte kombinieren, hätte ich dies auch so gemacht. Ich versuche, mich kurz zu fassen. Dass der Realisierungsgrad – in Anführungs- und Schlusszeichen – *nur* 65 % beträgt, mag den Anschein einer zu ehrgeizigen Investitionsplanung machen. Wir halten aber ein bisschen Ehrgeiz für genau richtig. Vergessen wir Folgendes nicht: Vor noch zwei bis drei Jahren sahen wir uns einem erheblichen Investitionsstau

gegenüber. Etliche Projekte waren gar nicht erst aufgelegt worden. Da ist doch in kürzester Zeit einiges unternommen worden und passiert, und ist immer noch im Fluss. In diesem Kontext muss man den Realisierungsgrad sehen. Aktuell wirken sich, auch schon vorher erwähnt – geopolitisch bedingt –, der Rohstoffmangel aus, aber auch weiterhin der leider bestehende Fachkräftemangel. Auch hier haben wir den Eindruck, dass dies natürlich ein erschwerender Faktor ist, welcher direkte Auswirkungen hat – insbesondere für den Hoch- und Tiefbaubereich.

Weitere Wortmeldungen

Daniel Arn (FDP): Ich möchte einfach etwas zu diesem Realisierungsgrad sagen. Seit ich hier in diesem Parlament sein darf – irgendwann gibt es auch ein Ende –, ist dieser Realisierungsgrad immer ein Thema. Da frage ich mich schlussendlich auch, wenn man einen solchen Realisierungsgrad hat und von 100 % spricht, sollte dies die Zielgrösse sein, welche man auch erreichen kann. Wenn man sie nicht erreicht, dann hat man einen aufgestauten Unterhalt, welcher sich über die Jahre irgendwann summiert, und wenn wir gerade vorhin gehört haben, was man unter Nachhaltigkeit versteht, ist dies irgendwie komisch. Ich frage mich auch, ist denn diese Basis, auf welcher man sich auf 100 % abstützt – ich glaube, dies war irgendeinmal ein Bericht, welcher dies festgelegt hat –, überhaupt noch richtig? Messen wir uns hier an einem Grad, welcher noch stimmt? Und genau dies würde ich einmal als Auftrag hinübergeben. Ich habe zwar die Kompetenz so nicht, möchte aber doch einmal zu bedenken geben, dass man dies einmal hinterfragt. Denn sonst machen wir hier alle Jahre eine Übung um den Realisierungsgrad, und diesen erreichen wir nicht. Man geht davon aus, dass diese Werte, welche dort irgendwann einmal vor längerer Zeit festgelegt worden sind, und über einen gewissen Zeitraum erneuert werden müssen, sicher nicht mehr stimmen. Ich nehme einmal an, diese sind höher. Und wenn wir nicht einmal das erreichen, ist dieser Realisierungsgrad wahrscheinlich nicht nur 65 %, sondern dieser ist sehr wahrscheinlich auch tiefer. Wenn wir schon von Nachhaltigkeit sprechen und für die nächste Generation, haben wir ganz sicher einen aufgestauten Unterhalt. Ich würde es sehr begrüßen, wenn dies einmal hinterfragt werden würde, dass man danach auch wieder ein Ziel hat, welches realisierbar ist, denn sonst ist dies eine Übung, welche man sich gerade so gut sparen kann.

Das Schlusswort wird weder von Matthias Gubler (GPK) noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Ihr habt vom Zwischenbericht Kenntnis genommen.

4. ICT-Gesamtkonzept Schule Muri bei Bern, Verpflichtungskredit

Für die GPK spricht Eva Schmid: "Das ICT-Gesamtkonzept bildet die Grundlage für einen effizienten Betrieb der ICT-Infrastruktur." So lautet das Ziel des ICT-Gesamtkonzepts, das wir als Parlament im Oktober 2017 zur Kenntnis genommenen und zu dessen Implementierung einen Rahmenkredit von CHF 1,5 Mio. für die Jahre 2017–2022 gesprochen haben.

Die GPK ist der Auffassung, dass dieses Ziel eines effizienten ICT-Infrastruktur-Betriebs erreicht und das Konzept gut implementiert ist, was doch erfreulich ist. Kurz zur Abgrenzung: Nicht Gegenstand der Prüfung durch die GPK sind Fragen wie beispielsweise: "Welche Anzahl Tablets sind ab welcher Schulklasse adäquat?", dies ist sicher auch eine pädagogische Frage. "Dürfen die Tablets grundsätzlich ausnahmslos von den Schüler*innen nach Hause mitgenommen werden oder

nicht?"

An ihrer Sitzung vom 11. Mai hat sich die GPK – im Gespräch mit Gesamtschulleiter Rolf Rickenbach und Gemeinderat Stefan Lack – davon überzeugen können, dass das Konzept auf allen Stufen bestens implementiert ist und im Schulalltag von allen Beteiligten kompetent und engagiert umgesetzt wird. Die reibungslose Implementierung und Umsetzung eines solchen Projekts ist anspruchsvoll und kann auch schnell schief laufen, wie ein Blick über die Gemeindegrenze zeigt. Bei "unserem" Muri-Gümliger Konzept ist das Gegenteil der Fall. Es ist erfolgreich, es widerspiegelt sich auch darin, dass verschiedene Gemeinden dies kopiert haben, welche genau kannst Du uns dann noch sagen, Stephan. Im Bereich des Datenschutzes ist inzwischen noch eine Verbesserung erreicht worden, die die GPK sehr begrüsst: Die auf der Microsoft-365-Cloud abgelegten Daten befinden sich inzwischen auf einem Server in der Schweiz. Dies ist sicher Grund zur Freude und sehr gut. Die GPK empfiehlt Euch, dem Verpflichtungskredit 2023–2028 zuzustimmen, damit man auf diesem eingeschlagenen Weg weitergehen kann.

Für den Gemeinderat spricht Stephan Lack: Vor fast 5 Jahren – die Zeit vergeht schnell – stand ich tatsächlich hier drin, und wir haben hier um diesen Antrag gekämpft. CHF 1,5 Mio. – wir haben das ICT-Gesamtkonzept damals vorgestellt. Das Konzept dieser ICT-Projektgruppe war erfolgreich. Die ICT-Verantwortlichen von allen Schulkreisen Moos, Seidenberg und Aebnit waren jeweils dabei, geführt hat dies Rolf Rickenbach, welcher heute Abend ebenfalls anwesend ist. Das Konzept ist bekanntlich zuerst in die Schulkommission, danach in den Gemeinderat und danach, wie Eva bereits erwähnt hat, im Oktober 2017 schliesslich vom GGR wohlwollend zur Kenntnis genommen worden. Der Kredit von CHF 1,5 Mio. wurde einstimmig genehmigt.

Dies war in dieser Zeit nicht selbstverständlich. Unsere Gemeinde hat damals eine Art Pionierrolle eingenommen im Kanton Bern und ist proaktiv vorausgegangen, so wie es einer modernen Gemeinde auch zusteht. Rückblickend dürfen wir sicher feststellen, dass sich das Vertrauen in dieses Projekt, welches wir damals ausgesprochen haben, gut auszahlt hat. Ich möchte nun, ohne dass ich hier zu sehr ins Detail gehe, einfach diesen Leuten, welche hier beteiligt waren, ganz herzlich danken. Es kam sehr viel natürlich nicht an die Oberfläche, es gab sicher auch Probleme. Wir haben dies aber gelöst, und ich denke, zum Wohle der Kinder hat man hier sicher etwas Gutes geleistet. Wie Eva bereits erwähnt hat, es ist tatsächlich so, der Blick über die Gemeindegrenze zu einer städtischen Nachbargemeinde hat uns gezeigt, was es auch noch bedeuten kann, wenn dieses Management nicht ganz sauber läuft, und dann auch die Kosten aus dem Ruder laufen.

Insgesamt kann man auch sagen, dass sich dieses Konzept gut bewährt hat in der Corona-Zeit. Im Distance Learning hat dies den Lehrpersonen ermöglicht, auch aus Distanz Schule geben zu können. Natürlich hat auch dies einen grossen Zusatzeffort unserer Lehrer verlangt, ich möchte auch hier gleichzeitig den Lehrpersonen einen herzlichen Dank aussprechen für das, was sie geleistet haben in dieser schwierigen Zeit. Nun stehen wir also am Anfang der nächsten Tranche, dies ist nie ganz günstig, es geht auch um leichte Nachjustierungen, es geht um die Jahre 2023–2028. Ich möchte Euch ans Herz legen, diesem Rahmenkredit von insgesamt einer Million zuzustimmen für die nächsten Jahre.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Simon Eugster (FDP): Wir können stolz sein auf die ICT-Infrastruktur unserer Schulen. Mit der Covid19-Pandemie hat sie die grosse Bewährungsprobe bestanden, dies haben wir gehört. Es ist nicht auszudenken, was gewesen wäre, wenn wir diese nicht gehabt hätten. Wir stellen fest, man hat das Richtige gemacht, wir haben es richtig gemacht: "C'est une affaire qui roule."

Es gilt jetzt, das Bewährte weiterzuführen und den nächsten Sechsjahresplan in Angriff zu nehmen. Die Fraktion FDP. Die Liberalen unterstützt deshalb diesen Antrag des Gemeinderats und dankt dem geschäftsführenden Schulleiter Rolf Rickenbach und der ICT-Begleitgruppe für ihre unermüdliche und hochkarätige Arbeit. Ich möchte mit einem Augenzwinkern schliessen und bemerken, dass wir als strategisches Gremium heute einen wichtigen strategischen Entscheid fällen, so wie es sich eben für ein strategisches Gremium gehört – und nicht etwa zum Beispiel festlegen, wer, wann, warum, welches Notebook nach Hause nehmen darf oder nicht.

Patricia Messerli (forum): Das forum nimmt das überarbeitete ICT-Konzept zur Kenntnis, und wir danken Rolf und der ICT-Begleitgruppe für die sorgfältige und gute Aktualisierung dieses Konzepts. Wir werden dem Rahmenkredit von einer Million für die nächsten 6 Jahre zustimmen.

Es hat sich gerade im Lockdown gezeigt, dass wir eine gute und geeignete ICT-Infrastruktur in der Schule haben. Dies haben wir gehabt, und dies wollen wir uns weiterhin leisten. Deshalb finden wir es wichtig, dass in diesem Bereich weiterhin investiert wird. Es hat sich gezeigt – damals im Lockdown aber auch jetzt –, dass andere Gemeinden hier deutlich schlechter aufgestellt gewesen oder zum Teil auch noch aufgestellt sind. Trotzdem möchten wir uns noch zwei Bemerkungen erlauben. Wir finden den Preis für ein Notebook mit CHF 1'000.00 eher hoch, wenn man bedenkt, dass pro Jahr mindestens 100 Stück beschafft werden. Die erwähnten HP Probook 440, welche im Antrag erwähnt sind und dieses Jahr angeschafft worden sind, kosten nach einer kurzen Internetrecherche im Moment alle unter CHF 1'000.00. Wir hoffen einfach, dass da die Verantwortlichen gut verhandeln, wenn man eine so grosse Menge beschafft. Aber es hat sich ja auch gezeigt, dass der letzte Kredit nicht voll ausgeschöpft worden ist. Die Beteiligten scheinen also haushälterisch mit diesem Kredit umzugehen. Allerdings ist es so, dass viele Geräte von den Schülern beim Schulaustritt nicht abgekauft, und die Geräte für nachkommende Schüler gebraucht worden sind. So konnte man natürlich Geld einsparen. Dies ist zwar sicher schön für die Kasse der Gemeinde, aber nicht unbedingt ideal für alle Eltern, deshalb möchte ich zu meinem zweiten Punkt kommen.

Wie im Antrag ausgeführt wird, sind bis jetzt am Ende der Schulzeit kaum Notebooks von den Schülern zum Zeitwert gekauft worden. Dies erstaunt uns nicht, es ist nämlich eine Tatsache, dass die gekauften Top-Notebooks praktisch die ganze Zeit in der Schule bleiben, und die Schüler diese nur sehr selten nach Hause nehmen dürfen. Die Eltern sind somit gezwungen, zuhause ein zusätzliches Gerät für die Kinder zu kaufen. Es gibt aber Eltern, für diese ist der Kauf eines zusätzlichen Notebooks schwer zu finanzieren oder reisst ein grosses Loch ins Budget. Ich denke hier zum Beispiel an die Kinder aus Flüchtlingsfamilien, im Moment gerade diese aus den ukrainischen Flüchtlingsfamilien. Aber nicht nur diese Kinder, es gibt auch andere Familien, welche nicht aus der Ukraine kommen und einen Flüchtlingsstatus haben. Für diese ist es relativ schwierig oder auch für Kinder von alleinerziehenden Eltern. Bei den Flüchtlingsfamilien mussten bspw. die Schulsozialarbeiter in den letzten Jahren immer wieder schauen, dass sie zu gebrauchten Notebooks kommen, und die Familien mit entsprechenden Geräten ausstatten. Das forum findet dies nicht richtig, und wir möchten deshalb, dass die Regelungen der Schule hier etwas gelockert werden. Dies ist übrigens auch ein Anliegen des Elternrats im Moos, dies wurde an mich herangetragen.

Deshalb hat das forum hier eine Motion vorbereitet, diese ist im Moment gerade in Zirkulation. Es würde uns freuen, wenn Ihr uns hier unterstützen würdet. Wie schon erwähnt, dem Antrag werden wir selbstverständlich zustimmen.

Karin Künti (SP): Im Prinzip hat Patricia mir die Worte ein wenig aus dem Mund genommen, bzw. teilt die SP-Fraktion eigentlich die Einschätzungen, welche Patricia uns namens dem forum vorgelegt hat. Ich möchte aber trotzdem hier auch von der SP her sagen: Danke vielmals für all die Arbeiten, welche hinter dieser Erarbeitung stecken, für die umsichtige Vorbereitung und auch für all das, was in dieser Zeit des Lockdowns geschehen ist, dieser Effort der Lehrkräfte, damit die Schülerinnen und Schüler in dieser Zeit wirklich zum Lernen gekommen sind. Dieses Distance Learning hat gezeigt, wie wichtig es ist, wenn man diese Notebooks nach Hause nehmen kann. Tatsächlich möchte ich dies noch einmal bekräftigen. Es ist nicht für alle Familien möglich Notebooks anzuschaffen, damit die Kinder und Jugendlichen ihre Aufgaben machen und lernen können. Gerade Kinder mit besonderem Förderungsbedarf sind darauf angewiesen, dass sie sich auch online weiterentwickeln oder ihre Arbeiten verbessern können – natürlich auch die ambitionierten Kinder. Bei uns zuhause – ich gehöre jetzt zu diesen Alleinerziehenden mit einem knappen Budget – steht ein Notebook zur Verfügung. Im Moment arbeitet eine meiner Töchter gerade damit an den Hausaufgaben. Es ist effektiv nicht nur bei mir so, dass dies manchmal zu Konflikten führt, sondern auch bei anderen Familien. In diesem Sinne werden auch wir diese Motion des forum unterstützen.

Charlotte Siebenrock (SVP): Eigentlich ist bereits sehr viel, was ich sagen wollte, gesagt worden. Wir wissen nicht nur seit dem Lockdown, dass es heutzutage sehr wichtig ist, dass man den Umgang im Sektor Medien und Informatik lernt. Damit man à jour bleibt, braucht es auch eine gute Infrastruktur. Es ist viel Geld, über welches wir heute beschliessen, aber unsere Fraktion denkt auch, dass es sehr sinnvoll ist, dass man diese Umsetzung des Gesamtkonzepts fortführt. Dass es wirklich gut klappt, kann ich auch als Mami von zwei schulpflichtigen Kindern sagen. Die Schulen setzen dies sehr gut um, und auch der Support ist gut. Während dem Lockdown musste der Computer unseres Sohnes, welcher er nach Hause nehmen konnte, neu aufgesetzt werden. Man konnte dies also innert kürzester Zeit zurückgeben, es gab sogar eine Heimlieferung. Demjenigen, der es neu aufgesetzt hat, sein Spaziergang hat bei uns vorbeigeführt, und er konnte uns das Gerät zurückgeben. Dies war also tipptopp. Wir nehmen dies gerne zur Kenntnis und werden diesem Rahmenkredit voll zustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Schlusswort von Stephan Lack (GR): Nur ganz kurz: Erstens, wenn es in die Richtung geht, wie es aus den Fraktionen geklungen hat, herzlichen Dank. Wenn es schief gehen würde, würde ich dann anschliessend noch etwas sagen. Vielleicht noch kurz zu dieser Motion: Ich werde inhaltlich dazu nicht Stellung nehmen. Nun wechsle ich kurz den Hut – ich bin von Amtes wegen noch Schulkommissionspräsident –, die Schulkommission hat dies insofern nicht behandelt, da sie zum Schluss gekommen ist, dass es operativ ist, und das Pult gehört den Schulleitungen, aber die Schulkommission hat gesagt, man hätte dies in der Gemeinde Muri gerne einheitlich. Dies einfach nur als Information, dies wird ja dann noch behandelt.

Eva Schmid (GPK) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende: Vorgängig weise ich darauf hin, dass dieses Geschäft gem. Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung die Zustimmung der Mehrheit der Ratsmitglieder bedarf, dies sind mindestens 21 Ratsmitglieder.

Beschluss

1. Das ICT-Gesamtkonzept Schule Muri bei Bern Release 2022 wird zur Kenntnis genommen.
2. Für die Weiterführung der Umsetzung des ICT-Gesamtkonzepts Schule Muri bei Bern wird ein Rahmenkredit von CHF 1'000'000.00 für die Jahre 2023 bis 2028 bewilligt. (37 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
3. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

5. Anschluss von 21 gemeindeeigenen Liegenschaften an die Fernwärme; Verpflichtungskredit

Für die GPK spricht Bernhard Häuselmann: Wir konnten an der Sitzung vom 11. Mai mit Gabriele Siegenthaler und André Schneider vielseitige Aspekte diskutieren. Es ging unter anderem darum, welche Energieträger zu welchem Zeitpunkt in ein Fernwärmesystem integriert werden können und sollen, weil es technisch möglich ist, und zu welchem Zeitpunkt dies von den Gemeindebetrieben dann auch tatsächlich angestrebt wird, weil es strategisch sinnvoll ist.

Wir konnten uns davon überzeugen, dass eine zentrale Organisation gegenüber individuellen Initiativen für einmal klare Vorteile bietet, dass das komplexe System Fernwärme umsichtig aufgesetzt wird, dass neue technische Entwicklungen integriert werden können, und dass es eine grosse Chance ist, wenn die Gemeinde mit dem Anschluss von 21 eigenen Liegenschaften vorangeht, und dass mit den grossen Playern wie der HACO oder dem Siloah, aber auch privaten Haushalten oder Liegenschaftsimmobilienbesitzern der Dialog vertieft werden kann.

Das ist ein klares Signal, die Fernwärme zu etablieren und sukzessive Kunden anzuschliessen, und somit ist das auch ein konkreter Meilenstein in der Umsetzung des Energierichtplans. Danke für die gute Vorbereitung.

Die GPK ist zum Schluss gekommen, dass der GGR heute Abend auf das Geschäft eintreten kann, und die GPK empfiehlt die Annahme des Antrags für einen Verpflichtungskredit von CHF 2,6 Mio.

Für den Gemeinderat spricht Gabriele Siegenthaler Muinde: Ich freue mich sehr, hier auch einmal ein Geschäft vertreten zu dürfen. Ich muss sagen, das Leben ist auf dieser Seite der Tische wesentlich ruhiger als vorher, deshalb machen wir heute einmal eine Ausnahme. Besonders freut es mich, dass es um Fernwärme geht, dies ist ein eminent wichtiges Projekt, nicht nur für die gbm, sondern für die ganze Gemeinde. So erlaubt Ihr mir vielleicht auch, etwas mehr auszuholen, und die Fernwärme auch noch ein wenig zu positionieren, um was es eigentlich grundsätzlich geht.

Zuerst zum Geschäft: Dieser Vorschlag, welchen Ihr auf dem Tisch habt für einen Verpflichtungskredit, hat drei Dimensionen – eine politische, eine ökologische und eine finanzielle.

Kurz zu der politischen Dimension: Bernhard hat es bereits erwähnt, wir haben den Energierichtplan überarbeitet, dort ist die Fernwärme ein Thema geworden, und gestützt darauf hat die Gemeinde danach den Gemeindebetrieben in der Eigentümerstrategie den Auftrag gegeben, zu der Dekarbonisierung in der Gemeinde beizutragen, d.h. im Rahmen ihrer Tätigkeiten dafür zu sorgen, dass in der Gemeinde der Treibhausgasausstoss, insbesondere CO₂, sinkt. Die gbm hat diesen Auftrag entgegengenommen und in ihrer gewohnt sachlichen und fundierten Art und

Weise Abklärungen getroffen im Rahmen der Gas- und Energiestrategie und hat dort quasi herausgeschält, welche Optionen es gibt. Das Resultat war, dass vor allem die gbm im Bereich der Zurverfügungstellung von nachhaltiger Heizungsenergie wirklich einen Unterschied machen kann bei uns in der Gemeinde, da sie dort auch diese Nähe zum Kunden nutzen kann, welche sie ja sowieso mit den Netzen im Boden z.B. Gasnetz bereits hat. Wobei das Gasnetz selbstverständlich jetzt nicht für die Fernwärme genutzt wird, sondern dies ist ein separates Netz. Dies heisst, wir haben eigentlich die Situation, dass die Gemeinde der gbm den Auftrag gegeben hat, das Fernwärmenetz zu bauen, und nun kommt die gbm quasi zu uns und sagt: "Liebe Gemeinde, ich brauche Euch nun als Kunde." Sprich, eigentlich haben wir uns selber einen Auftrag gegeben, indem wir die gbm beauftragt haben, uns jetzt mit diesem Vorschlag zu bedienen. Entsprechend macht es politisch nur Sinn, dass wir diesem Anschluss der Gemeindeliegenschaften zustimmen, und damit dieses Projekt "Fernwärme" voranbringen. Dies wäre nun die politische Verortung gewesen.

Die ökologische Dimension ist aber auch sehr wichtig. Diese Fernwärme wird im Endausbau vor allem auf regionale und lokale Energieträger setzen. Regional haben wir Holz im Angebot, und lokal haben wir sogar zwei Optionen; wir haben das tiefe Grundwasser, welches in Abklärung ist, und wir haben die Abwärme der HACO, wo sich allenfalls auch Möglichkeiten ergeben, diese zu nutzen für das Fernwärmenetz. Wir haben eine ausgezeichnete Ausgangsposition, nicht alle Gemeinden sind in der glücklichen Lage, Fernwärmenetze planen zu können mit so viel lokal vorhandenen Ressourcen. Von daher ist die Gemeinde hier auch wirklich in einer optimalen Position, mit einer Dekarbonisierung im Wärmesektor voranzugehen. Die Gemeinde nimmt ihre Vorbildrolle wahr, indem sie nun die 21 Gemeindeliegenschaften anschliesst und damit in ihren Klima- und Energiefragen einen guten Schritt vorwärts macht.

Nun komme ich noch zur finanziellen Dimension, welche Ihr auf Seite 2 der Botschaft abgebildet habt. Dieses Geschäft ist nicht ein ideelles Geschäft, welches einfach gut ist, weil wir etwas Gutes machen, sondern dies macht für die Gemeinde auch finanziell Sinn. Sprich, es ist eigentlich ein Geschäft, welches rundherum nur positive Dividenden abwirft. Deshalb muss ich hier wohl nicht länger werden und würde zum effektiven Verpflichtungskredit kommen.

Die CHF 2,6 Mio. über die nächsten Jahre 2022-2026 setzen sich aus zwei Posten zusammen, einerseits dem Anschlusskostenbeitrag von rund CHF 670'000.00. Drei Liegenschaften sind bereits angeschlossen – dies seht Ihr in der Tabelle im Anhang –, diese sind dort nicht mehr berücksichtigt. Der zweite Posten sind die Kosten für die Sanierung der sekundären Heizungsinstallationen in unseren Liegenschaften. Dies ist sowieso eine Verpflichtung, welche wir als Eigentümerschaft haben, sprich, dies sind sowieso Kosten. Wenn sie nun nicht im Rahmen dieses Anschlusses kämen, kämen sie auf andere Art und Weise. Ihr habt auch gesehen, dass man in den Abklärungen noch eine Variante MINI gerechnet hat. Dies ist aber wirklich eine theoretische Variante. Der Gemeinderat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass wir die Variante MIDI machen, weil eigentlich nur so gewährleistet ist, dass wir nicht noch zusätzliche Kosten haben, welche durch das Sparen am falschen Ort entstehen. Der Ausführungsauftrag soll an die gbm gehen. Einerseits ist das fachliche Wissen dort vorhanden, auf der anderen Seite kann sich der Hochbau auf diese Projekte konzentrieren, welche sonst auch noch am Laufen sind. Ich übergebe an André und freue mich, dass er Euch ein paar Eckwerte zu diesem Fernwärmeprojekt mitgibt. Es ist ein Grossprojekt für die gbm, absorbiert erhebliche personelle Ressourcen, es ist ein Mehrgenerationenprojekt mit einem sehr beträchtlichen Investitionsvolumen. Ich bin froh, wenn dies hier auch in der Wahrnehmung der Parlamentarier*innen an Stellenwert gewinnt, denn es ist wirklich ein eminent wichtiges Projekt. André wird auch noch ein paar operative Ausführungen machen.

André Schneider (Geschäftsleiter gbm): In der aktuellen Planung sind über 400 Liegenschaften, welche wir in einer ersten Phase an ein Fernwärmenetz mit 80-85 Grad Vorlauf und ca. 55 Grad Rücklauf anschliessen möchten. Wir werden im Endausbau jährlich etwa gegen 25 MWh Energie absetzen. Dies entspricht etwa der Hälfte der Gasenergie, welche wir für die Haushalte (ca. 50 MWh) brauchen. Dies wäre der erste grosse Schritt der CO₂-Einsparungen bei den Wärmekunden. Wir haben das ganze Projekt in zwei Prozesse aufgeteilt. Der erste Prozess ist der Aufbau des Netzes und der Anschluss von Wärmekunden im Sinne eines Nahwärmeverbundes um die Spitzelastkessel an der Dorfstrasse, Schulhaus Horbern, Schulhaus Melchenbühl und Schulhaus Moos. In der Übergangsphase werden diese mit 90 % europäisch zertifiziertem Biogas betrieben. Damit werden auch in der Übergangsphase die ökologischen Vorgaben eingehalten. Parallel (zweiter Prozess) dazu sind nun zwei Energiezentralen geplant, eine Tiefengrundwasseranlage im Manneried und eine Holzschnitzelanlage im Gümligenfeld, gegenüber dem Restaurant Sensi. Dies sind zwei nachhaltige Energieträger. Mit der Tiefengrundwasser-Anlage können ca. 60-70 % des Energiebedarfs abgedeckt werden. Aktuell sind wir in der Bewilligungsabklärung der Holzschnitzelanlage sowie der Tiefengrundwassernutzung. Mit der HACO sind wir noch in Abklärung, wie weit sich eine Zusammenarbeit in der Abwärmenutzung lohnen würde. Ich war gerade letzte Woche zu diesem Thema bei der Geschäftsleitung der HACO, Herrn Jäger und Herrn Flückiger. Sie haben sich bereit erklärt, diese Frage vertiefter anzuschauen. Entscheidend für die Zusammenarbeit ist, wie weit die industrielle Abwärmenutzung im EnAW-Förderprogramm (Energie-Agentur der Wirtschaft / www.wnaw.ch) in der CO₂-Befreiung berücksichtigt wird. Diesbezüglich fehlen von Seiten Bund und Kanton verbindliche Aussagen.

Die HACO AG hat auch den Druck der CO₂-Kompensation. Die CO₂-Abgaben werden immer höher, diese sind aktuell über 2 Rappen pro kWh. Morgen bin ich gerade beim AUE (Amt für Energie und Umwelt des Kantons Bern), um unser Fernwärmeprojekt vorzustellen resp., um mit ihnen über die Thematik "industrielle Abwärmenutzung" zu sprechen. Ich denke, wenn wir die HACO in Zukunft in Muri-Gümligen behalten wollen, dann müssen wir die Industrie und das Gewerbe in der Lösung ihres CO₂-Problems unterstützen.

Laufend werden wir mit neuen Fragestellungen um das ambitionierte Fernwärmeprojekt konfrontiert. Unsere Verwaltungsräte, vor allem der Projektsteuerungsausschuss, muss sich immer wieder mit neuen Fragestellungen und neuen Varianten auseinandersetzen. Wir sind nun aktuell auch daran, die Organisation den Projektanforderungen anzupassen.

Eintreten wird bestritten.

Urs K. Grütter (SVP): Auf das Risiko hin, dass ich hier als Alleinunterhalter auf verlorenem Flur stehe: Ich muss es nun doch sagen, ich habe schon ein paar Jahre auf dem Buckel hier in der Dorfpolitik, und dies wäre nun eigentlich das erste Geschäft, bei welchem ich sage, dies kommt vor den Rat und ist nicht genügend vorbereitet, nicht eintreten, ungenügend abgeklärt. Fernwärme "Yeah", "Hurra" – Geld hineinbuttern, alles in Ordnung, naturnah, und und und.

Es ist aber ein wenig komplizierter. Wir haben heute gerade von Herrn Schneider gehört – Merci für diese ehrliche Darstellung –, dass man noch gar nicht weiss, wieviel Energie die HACO eigentlich gerne abgeben würde. Es ist absolut sinnvoll, dass man die Prozessabwärme der HACO braucht, und der HACO nicht nur Gas verkauft, sondern auch noch Abwärme abnimmt. Aber hier müsste man wissen, was dies etwa für eine Jahresproduktion gibt, und wie man diese dann verteilen möchte. Es scheint mir, dies ist absolut zentral, weil alles andere – Tiefengrundwasser – ist gut und recht, aber wir sind hier im normalen nicht Tiefengrundwasserbereich. Und durch diesen nach unten zu bohren ins Tiefengrundwasser, dürfte noch so seine

Nase haben, und ob man dann dort bei diesen CHF 2,6 Mio. dabei sein würde, wage ich schwer zu bezweifeln.

Holzschnitzel sind auch gut und recht, aber es stellt sich die Frage, wie nachhaltig ist überhaupt die Holzproduktion, welche hier verwendbar sein wird, wenn nun überall mit Holzschnitzeln angefangen wird. Ganz abgesehen davon, dass die Holzverbrennung auch immer Feinstaub ergibt. Dieser Feinstaub wird bekanntlich hinausgefiltert, die neusten Entwicklungen dieser Filter kenne ich, dies sind elektro-statische Filter. Dies braucht auch wieder Elektrizität, um diese zu betreiben. Wenn ich auf den letzten Dienstag zurückblende, da haben wir von oben auf den Rasen hinabgeschaut. Hier mit diesem Projekt sind wir mit dem Vergrößerungsglas auf dem Rasen und springen zwischen den einzelnen Gräsern hindurch, statt, dass wir in der Loge oben noch ein wenig nach oben schauen, und auf dem Dach sehen würden, dass es dort z.B. noch Solarpanel hat. Mir fehlt hier einfach der grössere Überblick über die Möglichkeiten und auch über die Verfügbarkeiten. Wenn man gar nichts anderes hätte und einfach gezwungen wäre, "coûte que coûte" Fernwärme zu machen "à la bonheur". Die ganz Photovoltaik ist technisch heute auf einem Stand, wo man sagen muss, dies wird interessant. Häuser, welche einigermaßen isoliert sind, produzieren 100-800 % des Energiebedarfs des Hauses. Ob man dann dort noch ein teures Fernwärmenetz daneben betreiben möchte, muss man einfach einmal in Frage stellen, bevor man solche Ausgaben tätigt. Ich würde Euch deshalb empfehlen zu sagen, diese Fernwärme ist durchaus ein Thema, aber nun führen wir einmal diese Verhandlung mit der HACO. Ich finde dies von der Gemeinde her eine primäre Aufgabe, dass man die HACO als Arbeitgeber und Steuerzahler glücklich behalten soll, so dass man danach aufgrund dieses Energieangebots sagen kann, auf diese Energie, die dort kommt, richten wir einmal unser Fernwärmenetz aus, und dann schliessen wir nachher diese Liegenschaften an, welche möglichst in der Nähe sind, und zwar auch, wenn es nicht gemeindeeigene sind. Denn gerade der Fernwärmetransport ist ja nicht unproblematisch, da gibt es Verluste wie bei jedem Energietransport. Es gibt kein Energietransport ohne Verluste, aber hier habe ich so den Verdacht, dass man bei der Fernwärme noch zu wenig klargestellt hat, wie weit darf man damit überhaupt gehen. Wenn ich nun bei der HACO 1 MWh abziehe, wieviel kommt durchschnittlich bei den Häusern an? 5 % oder 50 % oder 80 %? Ich denke, sicher weniger, als wenn man die eigene Energie auf dem Dach oben produziert, und diese unter Inkaufnahme gewisser Verluste ins Netz einspeisen würde, wenn man sie nicht gerade selber verbraten kann. Ich würde Euch also – um nicht länger zu werden – noch einmal ganz klar sagen: Nicht eintreten. Die Randbedingungen für eine solch grosse Investition sind zu wenig gut abgeklärt. Ich bin nicht gegen Fernwärmenetze, aber ich habe das Gefühl, der grosse Player HACO muss sagen, wir möchten Euch gerne so viel MWh abgeben, TWh oder GWh. Wir müssen wissen, wieviel kommt von der HACO? Darauf sollten wir unseren ersten Schritt ausrichten, und nicht auf irgendwelche Spekulationen, ob man denn Tiefen-groundwasser bohren, oder ob man denn noch Holzschnitzel einkaufen könnte, oder ob diese dann schon alle anderweitig vergeben sind.

Der Vorsitzende: Wir haben somit einen detaillierten und begründeten Antrag, nicht auf das vorliegende Geschäft einzutreten. Ich nehme dies zum Anlass und schlage vor, eine kurze Pause zu machen.

Pause bis 20.55 Uhr

Eintretensdebatte

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Herzlichen Dank, Urs, für diese Fragestellungen. Dies ist eigentlich wichtig und richtig, dass man Optionen prüft, Varianten hat. Ich stelle fest, dass hier offensichtlich kommunikativ noch etwas Nachholbedarf herrscht. Wir stehen gerne zur Verfügung, um jederzeit unsere Her-

leitung und unsere Grundlagen offen zu legen, wie wir zu diesem Fernwärmeprojekt gekommen sind. Wie Ihr ja sicher in der Zeitung gelesen habt, sind Fernwärmeprojekte nicht nur bei uns ein Thema, sondern z.B. auch in der Stadt Bern. Auch ganz viele andere Gemeinden arbeiten im Moment an Fernwärmeprojekten. Ganz so falsch, glaube ich, können wir nicht liegen. Zur Frage der Solarpanels, ob diese eine Option für die Heizung sind? Sie sind es nicht. Solarpanels stellen Strom her, mit diesen könnte man allenfalls eine Luft-Wasser-, oder sonst eine Wärmepumpe betreiben. Aber dann hat man immer noch das Problem, dass man irgendwie speichern muss, da dies vielleicht nicht zum gleichen Zeitpunkt anfällt, dies ist relativ komplex. Daneben gibt es natürlich die Solarthermie, welche warmes Wasser herstellt. Im Rahmen des Fernwärmenetzes werden wir darüber nachdenken, ob wir dies bei grösseren Flächen quasi einbinden können, aber dies ist keine Lösung, um quasi das Fernwärmenetz zu ersetzen.

Der dritte Punkt bezüglich der Kosten: Diese CHF 2,6 Mio. Verpflichtungskredit für heute sind ausschliesslich für den Anschluss der 21 gemeindeeigenen Liegenschaften. Die Finanzierung des Fernwärmenetzes wird die gbm stemmen, sprich, dies sind Verpflichtungskredite, welche nicht in dieser Form ins Parlament kommen. Sprich, dies ist nicht die Zahl von CHF 2,6 Mio. Diese würden in der Tat gar nirgends hinreichen, um ein Fernwärmenetz zu realisieren.

Zusätzlich scheint es mir noch wichtig zu sagen, dass ein Fernwärmenetz von einem zentralen Ansatz lebt. Die Idee ist, dass man quasi über ein Netz verschiedenste Liegenschaften erschliessen kann, und dann eine zentrale Wärmeversorgung hat. Dies hat den Vorteil, wenn sich z.B. die Technologie entwickelt oder neue Möglichkeiten entstehen, wie man nachhaltig Energie gewinnen kann, dass man dann nicht viele Häuser neu ausstatten muss, sondern man hat quasi einen zentralen Ort, wo man diesen technologischen Sprung nachvollziehen kann und von daher eine viel flexiblere, schnellere und auch professioneller umsetzbare Variante hat. Für die technischen Sachen übergebe ich gerne noch einmal an André Schneider.

André Schneider (Geschäftsleiter gbm): Noch kurz zur Firma HACO: Die Firma HACO ist einer der wichtigsten Kunden, den die gbm hat, und diesen müssen wir gut betreuen. Wieviel Wärme die HACO abgeben kann, ist eine wichtige Frage, die geklärt werden muss.

Die zukünftige Fernwärmeversorgung kann sich nicht ausschliesslich auf die Wärmeabgabe der HACO abstützen. Die HACO AG ist in der Kernkompetenz ein Lebensmittel- und nicht ein Wärmeproduzent für Dritte. Alternative erneuerbare Wärmeproduktionen ist zwingend für ein funktionierendes Fernwärmenetz. Die HACO benötigt Prozesswärme (Dampf), und ihre internen Prozesse werden laufend CO₂ optimiert. Die Abnahme ihrer industriellen Abwärme könnte sie in ihrer CO₂-Optimierung unterstützen. Bereits heute bezieht das Siloah Areal Abwärme der HACO und bereitet dies für ihr Fernwärme (EVS AG) auf. Der Energieverbund Siloah wird grösstenteils mit Abwärme der HACO beheizt.

Nun noch zum Holz: Hier gebe ich Herrn Grütter recht. Holz ist heute ein sehr berühmter Energieträger, aber in der Branche ist man sich auch einig, dass man möglichst nach Alternativen – primären Energieträgern – suchen muss. Ich möchte auf die Legislaturziele des Gemeinderats hinweisen, welche sagen, man soll die vorhandenen erneuerbaren Energien auf dem Gemeindegebiet möglichst nutzen. Wir heizen bekanntlich nicht im Sommer, sondern erst im Winter. Dann steht uns weniger Sonnenenergie zur Verfügung, und deshalb bietet sich das Tiefengrundwasser als gute Alternative an.

Weshalb Tiefengrundwasser? Mit Tiefengrundwasser haben wir ein definiertes Primärmedium im Sommer wie auch im Winter von ca. 15-20 Grad. Dies sind ideale Voraussetzungen für industrielle Wärmepumpen mit einem COP von ca. 3.5-4. Dies bedeutet, dass mit einem COP von 4 für 1 kWh Strom 4 kWh Wärme produziert werden kann. Mit einer Luftwärmepumpe kann im Winter bei -5 oder -7 Grad

Aussentemperatur, und vielleicht noch einem Heizungs-Vorlauf von 50 Grad, bei einem etwas älteren Haus der COP auf $1\frac{1}{2}$ -2 fallen.
Gabriele durfte ich diesbezüglich eine Instruktion abgeben. Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich Internet. Dies ist ein Grund, weshalb diese Technologie für die Fernwärme eingesetzt wird. Gerne möchte ich noch erwähnen, dass die gbm im Auftrag des Gemeinderats unter Einbezug von ausgewiesenen externen Fachleuten eine Energie- und Gasstrategie erstellt hat. Die Abklärungen wurden sehr fundiert durchgeführt, und dabei konnten 5 Wärme-Clusters definiert werden. Die Abklärungen haben sehr viel Zeit in Anspruch genommen, deshalb sind wir auch eher etwas spät im Vergleich mit anderen Gemeinden.

Abstimmung zum Eintreten (32 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen)

Auf das vorliegende Geschäft wird eingetreten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Walter Thut (forum): Eigentlich gibt es dazu nicht viel zu sagen, nachdem was wir nun gehört haben. Die Fraktion forum unterstützt darum den Antrag vorbehaltlos. Alles andere als ein Vorangehen der Gemeinde in dieser Sache wäre enttäuschend und einer fossilärmeren Lebensweise in der Zukunft nicht förderlich. So aber wird Vertrauen geschaffen in das Projekt. Eigentümer*innen von Privatliegenschaften wird es so vielleicht leichter fallen, sich für Fernwärme zu entscheiden – dies ist nicht immer ein leichter Entscheid, die eigene Heizung aus dem Hause zu geben –, wenn die Gemeinde mit dem guten Beispiel vorangeht und mit einem leichten zeitlichen Vorsprung auch zeigt, dass dies funktioniert. Billig zu haben ist die Wärmeversorgung in Zukunft nicht. Hier wird aber mit dem richtigen Blick auf das Bestehende und das Zukünftige gearbeitet. Es wird Mass gehalten und doch bis ans Ende des Projekts gedacht. Mit der gbm wurde auch der richtige Partner gewählt. Ich denke, bei jedem anderen Partner für dieses Projekt hätte man nicht verstanden, warum er berücksichtigt worden wäre. Hier war die gbm sicher in der Poleposition, und dies ist richtig so.

Eva Schmid (SP): Ich möchte nicht alles wiederholen, was mein Vorredner gesagt hat, ich kann mich dem weitgehend anschliessen im Namen der SP-Fraktion. Das Ganze ist einigermaßen komplex, aber strategisch doch sehr sinnvoll, dass man diesen Schritt macht und die gemeindeeigenen Liegenschaften an der Fernwärme anschliesst. Ich kann sicher zu Recht kritisieren, dass Holz vielleicht nicht ein ewig nachwachsender Rohstoff ist. Der CO₂-Ausstoss ist auch ein Thema, welcher zwar gefiltert wird. Nun haben wir gehört, dass der Energieträger nicht immer Holz sein muss. Wir denken, es ist einfach ein konsequenter Schritt im Sinne unseres Energieleitbildes, wenn man mit den gemeindeeigenen Liegenschaften vorangeht, wenn man schon das Angebot der Zusammenarbeit mit der HACO hat. Man kann sicher immer längerfristige oder auch noch zukünftige Perspektiven haben für andere Energieträger, aber nun sind wir hier, und das Ganze ist aufgegleist auch mit anderen Liegenschaften, welche dazu kommen könnten. Wir stimmen dem zu.

Daniel Arn (FDP): Wir von der FDP werden nicht hundertprozentig auf dieses Geschäft eintreten, aber ich gehe davon aus, dass wir grossmehrheitlich dieses Geschäft unterstützen werden, so wie es hier vorliegt. Wir haben A gesagt, dies ist auch irgendwo ein B, welches anschliessend kommt. Wir haben einen Energierichtplan, die gbm hat eine Strategie, wie dies gesagt worden ist. Wir haben auch eine

ganze Energiestrategie. Wir wollen eine Dekarbonisierung erreichen, dies ist ein hohes Ziel, welches wir wollen. Dies nicht nur, weil wir plötzlich grüne Socken haben, sondern, weil dies auch in Zukunft wichtig ist. Hier in diesem Vortrag entscheiden wir ja nicht, ob wir diese Wärmezentrale nun mit Holzschnitzel oder mit der Abwärme der HACO betreiben. Es geht nur darum, ob wir uns dort anschliessen wollen oder nicht. Der ganz grosse Betrag, welchen wir haben, sind Heizungsanierungen, welche so oder so gemacht werden müssen. Von daher möchten wir auch, dass dies nicht miteinander vermischt wird, sondern wir wollen dort einen Schritt weiterkommen. Von daher ist dies von mir aus gesehen ein zukunftsgerichtetes Projekt, auch von der Wirtschaftlichkeit her. Wir wissen ja sowieso nicht, was in den nächsten 10-20 Jahren geschieht. Wenn wir zurückdenken – im Januar war Gas noch gut, Gaskraftwerke waren Alternativen, um unsere Stromlücken zu füllen. Dies ist mittlerweile ein No-Go. Wer weiss, was in ein paar Jahren wieder ist. In unserem Leitbild steht auch, dass wir aus erneuerbaren Quellen Wärme und Strom gewinnen, dies machen wir indirekt – dies ist der gbm ihr Bier –, aber auch, dass wir die lokalen Geschichten berücksichtigen wollen. Von mir aus gesehen wäre dies ein ganz schlechtes Zeichen, wenn wir dies nun nicht machen, und uns dort nicht anschliessen würden. Hier können wir ein Zeichen setzen, welches auch für andere Signalwirkung haben wird, dass wir diesen Schritt gehen, und dass wir auch diese Heizungen sanieren. Deshalb werden wir grossmehrheitlich diesen CHF 2,6 Mio. zustimmen.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Ich möchte zuerst einmal sagen, dass mich Herrn Grütters Begeisterung für die Solarenergie freut. Dies ist ein sehr wichtiges, brachliegendes Potenzial. Aus diesem Grund haben wir Grünen im Kanton Bern auch eine Solarinitiative eingereicht, welche sagt, dass die geeigneten Dächer in unserem Kanton auch für die Sonnenenergie genutzt werden sollen. Es ist aber eben keine Alternative zu einem Fernwärmenetz, sondern wir schliessen uns ganz den Voten an, welche gefallen sind. Es braucht einen raschen Ausbau des Fernwärmenetzes, dies nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern die Ukraine Krise, welche für uns alle mehr oder weniger überraschend gekommen ist, hat wirklich auch gezeigt, dass dieser Ausstieg aus den fossilen Energieträgern nicht nur eine ökologische Begründung hat, sondern auch eine geopolitische, dass es darum geht, uns möglichst schnell aus diesen Abhängigkeiten der externen Energielieferanten zu lösen. Wir begrüssen deshalb das Vorgehen der gbm sehr, dass man dieses Fernwärmenetz in unserer Gemeinde rasch ausbaut. Da schliesse ich mich ganz meinen Vorredner*innen an, hier gehört auch dazu, dass die Gemeinde ihre Liegenschaften anschliesst und so überhaupt ermöglicht, dass die gbm diesen grossen Schritt machen kann. Wir sind auch überzeugt, dass das Interesse der privaten Liegenschaftsbesitzer riesig ist. Die Energiepreise steigen, es sind sich viele am Überlegen, ihre Heizungen zu sanieren, und ich habe in der letzten Zeit eher Gespräche geführt, wo es immer geheissen hat, dieses Fernwärmenetz kommt viel zu wenig schnell zu mir. Ich denke, hier wird nicht die Situation eintreten, dass man in etwas investiert, was nachher niemanden interessiert.

Ich möchte einfach noch darauf hinweisen, dass wir in unserer Gemeinde ja auch schon grosse, bestehende und alte Fernwärmeverbunde haben, welche auch aufzeigen, dass dies ein sehr erfolgreiches Modell ist. Ich selber wohne im Thoracher, und in diesem Quartier hat man, als man es in den 70er Jahren gebaut hat, für das ganze Quartier – also die Hochhäuser, die Blöcke und auch die Reihenhäuser – einen Fernwärmeverbund geschaffen. Man hat seitdem die Heizung einmal ausgewechselt, man ist da noch nicht auf 100 % erneuerbar. Wie dies auch gesagt wurde, den Wärmeezeuger dann einmal umzustellen ist einfach, wenn dieses ganze Netz einmal steht. Ich finde, auch aus der Perspektive der Liegenschaftsbesitzer ist es eigentlich eine komfortable Situation, wenn man weiss, mir wird jahrein jahraus immer Wärme geliefert. In diesem Sinne unterstützen wir dieses Vorgehen sehr.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Bernhard Häuselmann (GPK) noch von Gabriele Siegenthaler Muinde (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (35 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung)

Für den Anschluss von 21 gemeindeeigenen Liegenschaften an die Fernwärme wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 2'600'000.00 inkl. Reserven und MwSt. bewilligt.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum gemäss Art. 37 Abs. 2b der Gemeindeordnung.

6. Postulat Bircher (FDP): Coworking-Space Muri-Gümligen; Zwischenbericht und Abschreibung

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Laura Bircher (FDP): verzichtet.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Laura Bircher (FDP): Wir bedanken uns beim Gemeinderat für den umfassenden Zwischenbericht zum Postulat "Coworking-Space Muri-Gümligen". Sehr begrüssenswert ist, dass der Gemeinderat nach wie vor bereit ist, ein Angebot bei konkreter Nachfrage durch einen Betreiber zu unterstützen.

Sehr erfreulich ist auch der Umstand, dass seit Einreichung des Postulats in der Gemeinde eine Co-Working-Möglichkeit besteht, und die entsprechenden Rückmeldungen zum Coworking-Angebot im alten Pfarrhaus gemäss Zwischenbericht positiv ausfallen. So sehr wir aber dieses Angebot im alten Pfarrhaus auch schätzen, gilt es, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass dieses aufgrund geringer Anzahl an Arbeitsplätzen (für ca. 12 Personen) und der vorhandenen Infrastruktur nicht ganz den Vorstellungen eines voll ausgestatteten Co-Working-Spaces entspricht. Co-Working als etablierte, neue Arbeitsform ist viel mehr als nur ein Arbeitsplatz mit Café-Angebot.

Der grosse Vorteil von Co-Working-Spaces ist der gegenseitige Austausch. Und ich spreche hier nicht von der Möglichkeit, ein "Gspändli" für die Kaffeepause zu finden. Sondern es geht dabei vielmehr um einen professionellen Austausch; je nach Zusammensetzung der Nutzer*innen kann ein Co-Working-Space ein Nährboden für neue Ideen sein, der von Unternehmen für Open Innovation genutzt werden kann, indem man tatsächlich Arbeitnehmer*innen für eine gewisse Zeit zu einem solchen Co-Working-Space schickt. Für Selbständige, Freelancer*innen und Unternehmer*innen kann es auch als moderne Networking-Plattform dienen – was einst zur Vermittlung von Aufträgen der monatliche Mittagsanlass im Service-Club war, kann heutzutage durchaus im Gemeinschaftsraum eines Co-Working-Spaces stattfinden. Studien haben gezeigt, dass sich solch ein Arbeitsumfeld positiv auf die Produktivität und Motivation der Arbeitenden auswirkt. Die Mietkostensparnis ist ein

weiterer betrieblicher Vorteil eines Co-Working-Spaces. Dies alles bedingen aber professionelle Strukturen, eine gewisse Anzahl an Arbeitsplätzen, sowie eine gute Infrastruktur.

Auch aus Sicht der Gemeinde bringt ein professionelles Co-Working-Angebot viele Vorteile. Mit solch einem Angebot in unserer Gemeinde könnten insbesondere auch Start-UPs angelockt werden. Zudem würden mehr Menschen in Muri-Gümligen einkaufen und sich bei uns am Mittag verpflegen.

Der Postulantin ist bewusst, dass eine Bedürfniserhebung aufgrund der vergangenen Corona-Situation erschwert war – was auch die Sistierung des Projektes in Ittigen zeigt. Wir sehen der Zukunft gespannt entgegen in der Hoffnung, dass sich das im Zwischenbericht erwähnte Projekt an der Schürmattstrasse – durch die private Hand – doch realisieren lässt, und die Gemeinde in solch einem Fall – falls notwendig – Hand bietet.

Die FDP-Fraktion und die Postulantin nehmen dankend vom Zwischenbericht Kenntnis und stimmen der Abschreibung des Postulats zu. Die Postulantin behält sich vor, einen weiteren Vorstoss in diesem Zusammenhang einzureichen.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Laura Bircher (FDP) noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss

1. Vom Zwischenbericht wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Bircher (FDP): Coworking-Space Muri-Gümligen wird abgeschrieben. (37 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

7. Postulat Grossen (forum), Grossenbacher (Grüne), Schmid (SP): Tempo 30 auf Quartierstrassen für mehr Sicherheit und Lebensqualität

Für den Gemeinderat spricht Markus Bärtschi: Ohne Aussicht auf ein knackiges Zitat in der Zeitung von morgen fasse ich mich kurz. In Sachen Verkehrsmassnahmen läuft bei uns zurzeit einiges, dies habt Ihr der schriftlichen Antwort entnehmen können. Der Gemeinderat verfolgt für die grossräumigen Fragestellungen konsequent einen partizipativen Ansatz, wobei der Kreis der Einbezogenen naturgemäss weit gefasst sein muss. Unsere Gemeindestrassen dienen natürlich nicht nur den Anwohnern, und die Massnahmen müssen am Schluss auch politisch mehrheitsfähig sein. Der Gemeinderat ist gerne bereit, diese drei Abschnitte aufzunehmen, wo nicht ohnehin schon eine Überprüfung vorgesehen ist, und beantragt entsprechend die Überweisung des Postulats.

Gaby Grossen (forum): Im Namen von uns drei Postulantinnen danke ich für die in kurzer Zeit erfolgte fundierte Antwort des GR mit dem klaren Bekenntnis: "Der GR ist bereit, das Anliegen des Postulats zu prüfen." Markus Bärtschi hat dazu weitere Ausführungen vorgenommen. Der spezielle Dank geht bei diesem Geschäft an Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, auf der Bauverwaltung. Er hat sich mehrfach Zeit genommen, uns fachlich die Verkehrssituation auf den problematischen Strassenabschnitten darzulegen und Lösungsoptionen zu diskutieren. Deshalb ist es ganz in unserem Sinn, dass für die Hälfte der im Postulat präzisierten 6 Strassenabschnitte die Bauverwaltung bereits Prüfaufträge ausgelöst hat. 2023 folgt die Überprüfung der Abschnitte Füllerichstrasse, Dennigkofenweg und der kurze Abschnitt bei der Einmündung Vorackerweg / Dorfstrasse. Verkehrsfragen sind oft emotional aufgeladen. Wir drei Postulantinnen wünschen uns eine datenbasierte, versachlichte Diskussion zum Temporegime auf insgesamt

6 Strassenabschnitten in unserer Gemeinde als Basis für allfällig weitere Entscheidung. Damit allfällige Tempoentscheide und/oder bauliche Massnahmen von der Bevölkerung getragen werden, ist es wichtig, die Betroffenen frühzeitig und auch breit mit einzubeziehen, sie gewissermassen ins Boot zu holen. Am 21. Juni findet ein erstes solches Treffen statt, nämlich unter dem Titel "Überprüfung Flankierende Massnahmen: Einladung für Begleitgruppe".

Ziel von uns Postulantinnen ist es, dass dem "Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung namentlich der schwächeren Verkehrsteilnehmenden wie Kinder oder ältere Leute" auf den Quartierstrassen in unserer Gemeinde stärker Rechnung getragen wird. Darum hoffen wir, dass der GGR den Antrag des GR "Überweisung des Postulats" unterstützen wird.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Raphael Weibel (FDP): Es ist erwähnt worden, die Temporeduktionen sind immer ein probates Mittel, um für rote und vorliegend auch grüne Köpfe zu sorgen. Eine heisse Diskussion ist so sicher, wie das Amen in der Kirche. Lösen wir uns von diesen Emotionen und schauen einmal, was das Postulat gerne möchte. Es verlangt vom Gemeinderat eine Prüfung, 6 Tempo-40-Strassenabschnitte in Tempo-30-Zonen umzuwandeln. Zur Prüfung gehöre auch eine breite Vernehmlassung, und am Schluss erwartet man einen umfassenden Bericht, welcher der Gemeinderat zu erstellen hat.

Eine differenzierte Begründung pro Abschnitt für die Umwandlung in eine Tempo-30-Zone fehlt. Vielmehr verweisen die Postulantinnen darauf, dass in den letzten Jahren die Akzeptanz für Tempo 30 generell gewachsen sei. Ich bin ein wenig erstaunt, auch ein wenig betrübt, dass sich die Postulantinnen damit ihre Aufgabe ein wenig gar einfach machen, indem sie dem Gemeinderat, und damit in erster Linie der Verwaltung, die Aufgabe überlassen und für sich arbeiten lassen. Nach Art. 108 Abs. 2 der Signalisationsverordnung sind die Abweichungen der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit an gewisse Bedingungen geknüpft unter anderem, die Gefahr sei nur schwer oder gar nicht rechtzeitig erkennbar und nicht anders zu beheben, bestimmte Strassenbenützer brauchen einen besonderen nicht anders zu erreichenden Schutz, auf Strecken mit grosser Verkehrsbelastung sei der Verkehrsablauf zu verbessern und könne nur durch eine Temporeduktion erreicht werden etc. Es ist schade, dass man generell einfach 6 Strassenabschnitte ausgewählt hat, ohne konkret zu sagen, was denn an diesen nicht richtig sei mit Tempo 40, sondern dass man nur mit Tempo 30 fahren könne.

In der Frage von Temporeduktionen hat sich die FDP-Fraktion schon immer ganz klar für ein differenziertes Vorgehen eingesetzt, wo die Sicherheit gerade der schwächeren oder verletzlichsten Strassenbenützern es nötig machen, dass man die Höchstgeschwindigkeit anpasst, da sind wir immer dafür eingetreten. Wo man sicherheitstechnische Problemfelder hat, hat man immer Hand geboten oder gesagt, jetzt muss man gezielt handeln. In seiner Antwort hat dann auch der Gemeinderat schon darauf hingewiesen, dass er diese Prüfungsaufträge auf 3 Strassenabschnitten ausgelöst hat. Gut so, damit ist das Postulat nämlich schon zur Hälfte gegenstandslos geworden. Für die andere Hälfte – und ich habe bereits darauf hingewiesen – haben leider die Postulantinnen nicht ansatzweise versucht, eine konkrete Begründung im Sinne der Strassensignalisationsverordnung vorzubringen. Das Pferd beim Schwanz aufzäumen ist bekanntlich nie das richtige Vorgehen. Statt als Postulant*in vorgängig die eigenen Hausaufgaben zu machen, es einfach der Ver-

waltung zuzuschieben, schießt über das Ziel hinaus. Die Verwaltung wird auch unnötig belastet.

Die FDP begrüsst die durch den Gemeinderat bereits initiierten Prüfaufträge zu diesen 3 Strassenabschnitten und lehnt insgesamt dieses Postulat, wie es heute formuliert ist, ab.

Weitere Wortmeldungen

Franziska Grossenbacher (Grüne): Ich möchte kurz sagen, wir hätten es wahrscheinlich machen können, wie wir hätten wollen, es wäre nicht genehm gewesen. Wir haben uns natürlich im Vorfeld auch überlegt, ob wir ganz konkrete Abschnitte benennen sollen: Wir möchten gerne Tempo 30 von dort bis genau zu dieser Strassenlaterne. Wir haben dieses Vorgehen auch mit Thomas Marti besprochen und auch die verschiedenen Abschnitte mit ihm diskutiert. Der Grund, weshalb wir auf diese 6 Abschnitte kommen, ist, dass wir dort noch Tempo 40 haben, und Tempo 40 ist einfach ein wenig ein Auslaufmodell. Man versucht eigentlich überall von den Zwischentempos – also die 40- und 60-Abschnitte – wegzukommen, und so ein klareres Verkehrsregime zu haben. Dies war dann auch der Grund – auch in Rücksprache mit Thomas Marti –, weshalb wir dieses Vorgehen vorgeschlagen haben, dass wir die Absichtserklärung auf diesen Strecken Tempo 30 zu prüfen bekunden, und danach eben auch mit dem Quartier zu schauen, welche Gründe gibt es, wie kann man beruhigen. Dies sind alles Abschnitte, wo es Schulwege hat, welche ein erhöhtes Fussgänger*innen-Aufkommen haben, und wo deshalb eigentlich schon die Gründe da sind, weshalb man eine solche Temporeduktion prüfen kann. Unser Ansatz war, dass man dies nun wirklich genauer unter die Lupe nimmt. Dies gibt natürlich Abklärungsbedarf bei der Verwaltung, doch ich bin überzeugt, wenn wir mit ganz detaillierten Anträgen gekommen wären, hätte man bei jedem sagen können, weshalb man diesen genau in dieser Form nicht möchte, und dass man dann auch noch möchte, dass die Leute mitreden, deshalb hat man dies nun so aufgearbeitet.

Urs K. Grüter (SVP): Auf das Risiko hin, dass ich Euch langweile, da ich schon wieder komme: Ich habe hier so eine Karte "Permis de conduire", 30.01.1975, ich bin also schon eine Weile unterwegs. Damals hatten wir innerorts Tempo 60, und wir haben noch heute eine Bestimmung im SVG oder in der VVG, oder wie dieses Zeug heisst, dass man die Geschwindigkeit den Bedingungen anzupassen hat. Ich lebe hier auch in dieser privilegierten Gemeinde und in einem privilegierten Quartier, wo man zum Teil nur mit 40 hinfahren kann, und genau da soll man dann mit 30 dürfen/sollen fahren. Ich muss sagen, liebe Ratskolleginnen und liebe Ratskollegen, dies ist einfach ein Mist. Wenn die Schulkinder draussen sind, 30 zu fahren – Ihr habt ja einen Kopfschuss –, da fährt man 20. Und am Abend um 22.00 Uhr (Sommerabend, taghell), wenn niemand da ist, könnt Ihr mit 50 durchbrettern, und dies stört gar niemanden. Abgesehen davon, wenn Ihr mit 20 fahren müsst, schaltet Ihr 2-3 Gänge tiefer, habt entsprechend mehr Emissionen pro Kilometer und und und. Also ich bin gegen alle Begrenzungen nach unten und bin dafür, dass man dem Automobilisten diese Verantwortung, welche er hat, überbindet. Dieser soll sein Tempo gefälligst anpassen, und wenn jemand draussen ist, seien dies Kinder oder alte Leute, fährt man halt nicht mit 50, auch wenn dies zugelassen wäre. Aber man fährt nicht mit 30, weil 30 steht, und weit und breit ist nichts und alle Leute hocken bei einem wichtigen Match vor dem Fernseher. Dass man dann mit 30 im 2ten durchtuckern soll, statt mit 50 im 4ten, macht mir keinen Sinn. Ich bin gegen solche Alibiübungen. Es geht einfach in diese Richtung, dass man probiert, anderen Leuten möglichst alles vorzuschreiben, und danach fördert dies bei allen Verkehrsteilnehmern die Haltung: Es ist ja alles vorgeschrieben, ich mache das, was man darf – "Fini, terminé". Man erzieht die Leute gerade dazu, gar nicht mehr die eigene Verantwortung als Fahrzeuglenker wahrzunehmen. Dies ist eine falsche Entwicklung.

Daniel Arn (FDP): Ich darf seit 1985 fahren. Es geht mir eigentlich nicht um die Geschwindigkeit, sondern es geht mir um einen anderen Punkt. Dies ist ein Postulat, bei welchem man einen Bericht verlangt, dies heisst nicht eine Mitwirkung, sondern dies ist ein reiner Bericht, welcher die Verwaltung abzuarbeiten hat. Wie wir bereits von der Postulantin gehört haben, welche dafür gesprochen hat, hat die Verwaltung ja schon einmal erkannt, dass an gewissen Orten ein Handlungsbedarf da ist und prüft dies auch dementsprechend. Wenn wir nun davon ausgehen, dass die Verwaltung ihre Verantwortung auch wahrnimmt, hätten sie dies auch aufgenommen, wenn bei den anderen Strassen, welche ja auch zur Diskussion gestanden sind, wirklich ein Handlungsbedarf wäre. Ich bin dagegen, dass man mit solchen Postulaten Übungen macht in der Verwaltung. Dies ergibt unnötigen Aufwand. Auch die betreffende Person, welche dies auf der Gemeinde erledigt, ist ja nicht ein Kollege von Urs Grütter, welcher primär nur überall durchbrettern würde. Von daher können wir ganz sicher sein, dass dort die nötigen Massnahmen ergriffen werden. Von daher finde ich dies eine unnötige Beübung der Verwaltung. Ich werde mich dem anschliessen, dass ich dieses Postulat nicht unterstützen werde.

Schlusswort von Markus Bärtschi (GR): Die Verwaltung ist natürlich die Exekutive. Es ist nicht so, dass die Bauverwaltung selber irgendwelche Expertisen in Auftrag gibt, dies macht der Gemeinderat. Der Gemeinderat ist die Planungsbehörde und hat als solche nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, diese Massnahmen zu planen, und von daher machen wir dies ohnehin permanent. Dies heisst, eine Nichtüberweisung wäre umgekehrt für uns auch kein Denkverbot, nur dass wir uns hier richtig verstehen. Aber die Überweisung bedeutet auch nicht die Umsetzung von diesem Inhalt des Postulats. Es ist ein Prüfungsauftrag, wie mehrfach gesagt wurde, und da wir sowieso dabei sind, sehr viel in diesem Bereich zu prüfen, wären wir bereit, dies mitzuprüfen. Dies und nicht mehr ist die Einordnung.

Gaby Grossen (forum) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (21 Ja / 15 Nein / 1 Enthaltung)

Das Postulat Grossen (forum), Grossenbacher (Grüne), Schmid (SP): Tempo 30 auf Quartierstrassen für mehr Sicherheit und Lebensqualität wird überwiesen.

8. **Interpellation Brunner (SP): Videoüberwachung**

Markus Bärtschi verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Joe Brunner (SP): Vielen Dank für die fundierte Antwort auf meine Interpellation. Im Zusammenhang mit der Videoüberwachung ist ja einiges los: Im Bahnhofli Muri wurden wegen Vandalismus schon vor ein paar Jahren die Toiletten geschlossen. Heute haben wir das Problem mit den Schmierereien an den neuen Mauern entlang der Thunstrasse. Dazu kommt der Molotov-Cocktailanschlag auf die Kirche Muri. Auf dem Parlamentsausflug ins Wankdorf Stadion mit dem Schwerpunkt "Sicherheit" haben wir vernommen, dass zur Überwachung 77 Kameras installiert sind, die eine Reichweite in den öffentlichen Raum bis zur Tramhaltestelle haben. Auf kantonaler Ebene hat der Grosse Rat einen Vorstoss zur Videoüberwachung an öffentlichen Orten oder zum Schutz öffentlicher Gebäude mit 77 zu 69 Stimmen überwiesen. Wenn mal der Gesetzesentwurf ausgearbeitet ist, wird das Thema erneut in den Grossen Rat kommen – siehe "Der Bund" vom 16. September 2021. Es gibt Indizien, dass Teile der Bevölkerung das Gefühl von amtlichem Täterschutz auf Kosten der Steuerzahler haben – siehe die Leserbriefe in den LoNa vom 28. April und 12. Mai 2022.

Das Thema ist also durchaus aktuell. Das ist der Grund, weshalb ich die Interpellation eingereicht habe. Dank der Antwort wissen wir nun, was die Fakten sind und können verstehen, warum der Gemeinderat heute auf eine Videoüberwachung verzichtet. Ich hoffe aber, falls Vandalen die neue WC-Anlage wieder beschädigen, sie nicht wieder jahrelang geschlossen wird, und wir als Folge davon Leute, die in Muri nach einem öffentlichen WC fragen, auf die nächstgelegene Möglichkeit bei der Endstation Elfenaubus in Bern verweisen müssen.

Keine Diskussion.

Die Beratung ist abgeschlossen.

9. Einfache Anfrage Schmid (SP) / Zaccaria (SP) / Gashi (Grüne): Zeichen setzen der Solidarität mit der Ukraine

Der Vorsitzende: Mit den GGR-Unterlagen wurde irrtümlicherweise keine Botschaft zu diesem Traktandum versandt, da eine mündliche Antwort erfolgt. Der Text der einfachen Anfrage ist im letzten Protokoll vom 22. März 2022 ersichtlich. Die Anfrage wird mündlich von Thomas beantwortet.

Thomas Hanke (GR): Die Anfrage lautet "Ist der Gemeinderat gewillt, Farbe zu bekennen und ein sichtbares Zeichen der Solidarität mit der Ukraine zu setzen, indem er am Gemeindehaus eine ukrainische Flagge anbringt?"

Der Gemeinderat hat eine ukrainische Flagge gekauft und war gewillt, diese anzubringen zu dem Zeitpunkt, als das Tannental mit ukrainischen Flüchtlingen belegt wurde.

Dann kam aber der Brandanschlag auf die Kirche Muri, dieser wurde informationsmässig relativ flach gehalten. Dies waren zwei Molotov-Cocktailanschläge, dies ist für mich kein Lausbubenstreich als solches. Wir haben die Polizei gebeten, uns mitzuteilen, ob man einen Zusammenhang mit der Ukraine ausschliessen kann oder nicht. Wir haben noch keine Antwort erhalten. Es ist auch für die Sicherheit unserer Mitarbeitenden im Gemeindehaus entschieden worden, dass wir diese Fahne nicht aufhängen, bis wir Sicherheit haben, dass ein Zusammenhang auszuschliessen ist. Übrigens hat das EDA die politischen Vertretungen im Ausland angewiesen, keine Fahnen aufzuhängen, es gibt also auch diese Variante. Aber wir haben die Fahne in petto. Wenn ich schon bei den ukrainischen Flüchtlingen bin, im Moment haben wir knapp 120 Flüchtlinge – die Hälfte davon im Tannental, die anderen privat untergebracht. Wie Ihr ja aus der noch einzigen Presse, welche uns bedient, nämlich die LoNa, erfahren konntet, sind zwei Willkommensklassen unterwegs, und zwar relativ erfolgreich.

10. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Martin Häusermann (GR): Ich habe eine Information zur Kindertagesstätte, welche im Eigentum der Gemeinde ist. Ich werde einen kurzen Rückblick machen, dann über zwei getroffene Massnahmen informieren und noch einen kurzen Ausblick zum weiteren Vorgehen.

Ihr habt bereits einen Vorgeschmack gehabt bei Traktandum 2, bei der Jahresrechnung 2021, wo Ihr gesehen habt, wie die Spezialfinanzierung abgeschlossen hat. Mit der Einführung der Betreuungsgutscheine hat die gemeindeeigene Kita das Privileg verloren, subventionierte Plätze anbieten zu können, musste sich also ab diesem Zeitpunkt im Markt behaupten.

Obschon dieser Schritt absehbar gewesen ist, und sich die Kita mit entsprechenden Marketingmassnahmen vorbereitet und diese auch ergriffen hat, hat im 2021 eine tiefere Auslastung in Kauf genommen werden müssen. Vermutlich haben auch die Corona-Pandemie, aber sicher auch das tendenzielle Überangebot im Bereich der Kitas, ihren Beitrag dazu geleistet. Nach einer Lagebeurteilung wurde beschlossen, dass das Angebot der Kita um eine Gruppe reduziert wird. Die Kita hat bisher 5 Gruppen à 12 Kindern angeboten, bietet nun noch 4 x 12 Plätze. Eine Angebotsreduktion von 20 % wurde vorgenommen. In Rücksprache mit dem Gemeinderat wurde entschieden, dass dazu eine notwendige Personalreduktion über die natürliche Fluktuation erfolgen soll, dieser Prozess ist inzwischen abgeschlossen, hat aber, wie Ihr gesehen habt, Spuren hinterlassen in der Spezialfinanzierung der Kita. Dies war die erste Massnahme. Wir können sagen, dass die Auslastung inzwischen wieder auf einem guten Niveau ist, aber natürlich auch immer wieder Schwankungen unterworfen ist, insbesondere jetzt dann im August mit dem Schuljahreswechsel. Nichts destotrotz wird die im Reglement festgehaltene Kostendeckung weiterhin angestrebt. Der Gemeinderat hat auf Antrag der Kitaleitung eine zweite Massnahme beschlossen, nämlich die Gebühren auf das kommende Schuljahr hin zu erhöhen. Dieser Schritt wurde auch erforderlich, weil per 01.01.2022 eine neue Verordnung in Kraft getreten ist. Insbesondere wurde in dieser Verordnung der anrechenbare Personalschlüssel verändert. Dies ist natürlich eine Ausgangslage, welche alle Kitas betreffen wird, und wo alle Kitas entsprechend reagieren müssen. Konform zu den Legislaturzielen hat der Gemeinderat an der letzten Sitzung weitere interne und externe Massnahmen zur Prüfung gutgeheissen. Diese Massnahmen sind zurzeit in Abklärung, es erfolgen Informationen, sobald wir mehr wissen.

11. Neue parlamentarische Vorstösse

Motion FORUM – Verwendung der Notebooks ausserhalb der Schule

Antrag:

Den Schüler und Schülerinnen (SuS) soll spätestens ab der Oberstufe (7. Klasse) erlaubt werden, das persönliche Notebook jederzeit nach Hause oder in die Tagesschule mitnehmen zu können. Das Einverständnis der Eltern, die Unterzeichnung einer entsprechenden Nutzungsvereinbarung sowie die Verwendung einer Schutzhülle sind Voraussetzungen für die Ausleihe.

Begründung:

*Schüler und Schülerinnen (SuS) an der Schule Muri erhalten ab dem 5. Schuljahr ein eigenes Notebook im Wert von 1'000.--, **welches aber grundsätzlich in der Schule verbleibt und nur in Ausnahmefällen nach Hause genommen werden darf.** Diese Geräte werden einheitlich aufgesetzt und bereitgestellt, unterliegen den Supportleistungen der ICT-Verantwortlichen der Schule Muri und bleiben so lange im Besitz der Schule, wie die Schülerin oder der Schüler die Schule Muri besucht. Beim Verlassen der Schule kann das Gerät erstanden werden (beispielsweise nach vier Jahren zu 20 % des Neupreises).*

Je nach Schulhaus und Lehrperson gelten unterschiedliche Regeln, was die Verwendung des schuleigenen Notebooks ausserhalb der Schule betrifft. Die meisten Lehrpersonen sind sehr restriktiv, in der Regel verbleibt das Notebook in der Schule. Einige wenige Lehrpersonen erlauben ihren SuS, die Geräte nach Hause zu nehmen, andere nur, wenn konkrete Aufgaben anstehen (Powerpoint-Vortrag, Bewerbung schreiben). Viele SuS machen zwar ihre Hausaufgaben in der Schule, lernen aber zuhause mit dem Notebook für die Tests oder üben das Tastaturschreiben. Im Internet lassen sich zum Üben von Tests viele nützliche Arbeitspapiere, Filme,

Zusammenfassungen etc. finden. Das bedingt, dass die SuS auch zuhause Zugang zu einem Notebook haben sollten. **Daher sehen sich die meisten Eltern gezwungen, zusätzlich mindestens ein Notebook für die Kinder anzuschaffen.**

Folgende Gründe sprechen daher für die Möglichkeit, das personalisierte Notebook der Schule mit nach Hause nehmen zu dürfen.

Chancengleichheit

Die obligatorische Schulbildung ist in der Schweiz für alle Kinder kostenlos. Nicht alle Familien haben zuhause eine 1:1 Ausstattung an Notebooks (d.h. es ist nicht immer für jedes Kind ein eigenes Notebook verfügbar). Eltern müssen daher die Kosten für ein privates Gerät selber tragen. Für manche Familien bedeutet dies eine grosse finanzielle Belastung mit der Gefahr, dass die Chancengleichheit der SuS nicht gewährleistet ist. Für den Lernerfolg der SuS ist der Zugang zu einem eigenen Computer in Zeiten der Digitalisierung jedoch enorm wichtig geworden. Aber oft stehen bildungsferne Familien, Geringverdiener und Familien mit Migrationshintergrund deutlich schlechter da, da ihr Budget nicht ausreicht, um diese Geräte anzuschaffen.

Eine soeben publizierte Studie der Caritas belegt zudem, dass Kinder zu haben, in der Regel weniger Einnahmen und mehr Ausgaben bedeutet. Deshalb sind es oft Familien sowie Alleinerziehende, welche sich in finanziell schwierigen Situationen befinden und häufig von Armut betroffen sind.

Verantwortung übernehmen

Die SuS lernen, Verantwortung für ihr eigenes Gerät zu übernehmen, Sorge dazu zu tragen und dieses auch jeden Tag – aufgeladen – wieder in die Schule zu bringen. Wenn es beschädigt wird, können die Eltern zur Übernahme der Kosten verpflichtet werden. Werden die Regeln nicht eingehalten, so kann die Schule die Ausleihe verbieten. Die meisten SuS haben heute bereits ein eigenes Handy, zu welchem sie im eigenen Interesse ebenfalls Sorge tragen müssen. Die Erfahrungen während dem Lockdown haben darüber hinaus gezeigt, dass die SuS zuhause sorgfältig mit dem Gerät umgehen konnten.

Pädagogische Gründe

Prof. Dr. Beat Döbeli Honegger, Leiter Forschungsprofessur Digitalisierung und Bildung an der PH Schwyz begründet in seinem Buch «Mehr als 0 und 1: Schule in einer digitalisierten Welt», dass die Zeit reif sei, «dass alle SuS jederzeit Zugriff auf ein persönliches, mobiles und vernetztes Gerät haben, so wie dies bei Schulbüchern, Arbeitsheften und anderen Unterrichtshilfsmitteln längst selbstverständlich ist» (Döbeli Honegger, 2016, S. 125). Mobile digitale Geräte entfalten dann ihre höchste Wirksamkeit, wenn SuS sie als persönliche Geräte auch zum Lernen und Arbeiten ausserhalb der Schulzeiten nutzen können.

- Durch die Personalisierung der Geräte werden die SuS effizienter und produktiver arbeiten, eine gewisse emotionale Beziehung zu ihrem Gerät aufbauen und ihr Gerät entsprechend sorgfältiger behandeln als ein «unpersönliches» Gerät der Schule (vgl. Döbeli Honegger, 2016, S. 125).
- Die SuS können ihr mobiles Gerät auch ausserhalb des Unterrichts nutzen; sie können zu Hause oder unterwegs lernen, kommunizieren und kooperieren und ihre Hausaufgaben bzw. Arbeiten erledigen. =>fichier-Wörter üben, Tastaturschreiben-Übungen machen.
- Schon bald werden vermehrt auch Schulbücher in digitaler Form zur Verfügung stehen, dann werden die SuS all ihre Lernunterlagen in einem Gerät ständig

verfügbar haben müssen und das «Schleppen» von schweren Schulbüchern wird zunehmend entfallen.

Erfahrungen in anderen Gemeinden

Es gibt im Kanton Bern und in der Schweiz viele Schulen, welche ihren SuS die Möglichkeit anbieten, die Notebooks auch zuhause zu nutzen. Eine Kurzumfrage bei einigen Gemeinden/Schulen in der Region Bern hat gezeigt, dass durchaus positive Erfahrungen gemacht werden und die Geräte nicht schneller oder öfters beschädigt werden als im Schulalltag. Auch werden die Geräte nur sehr selten zu Hause vergessen. Die SuS helfen sich mit vergessenen Adaptern und Aufladekabel aus. Die Jugendlichen sollen die Chancen haben, einen bewussten und sinnvollen Umgang mit der digitalen Welt und digitalen Geräten zu üben.

Nutzungsvereinbarung und Information der Eltern

Sofern die Geräte auch ausserschulisch z.B. zur Erledigung der Hausaufgaben, zur Organisation des Lernens genutzt werden, dringen digitale Geräte in die familiäre Zone vor und können hier allenfalls in Konflikt mit Mediennutzungsregeln der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten geraten. Deshalb ist es wichtig, dass die Schulnotebooks nur mit dem Einverständnis der Eltern nach Hause genommen werden. In der Nutzungsvereinbarung sind unter anderem Regelungen zur Sorgfaltspflicht, zur Haftung und zum Missbrauch aufzunehmen.

Gümligen, 23. Mai 2022

Patricia Messerli (forum)

G. Grossen, M. Koelbing, B. Gantner, Ch. Lucas, S. Fankhauser, A. Zaccaria, K. Schnyder, J. Brunner, K. Jordi, B. Häuselmann, W. Thut, F. Grossenbacher, S. Bähler, H. Gashi, H. Beck, Ch. Spycher, Ch. Siebenrock, A. Bärtschi, R. Mäder, E. Schmid, K. Künti (22)

Interpellation SP-Fraktion: Deckt das Ferienbetreuungsangebot der Gemeinde die Nachfrage wirklich?

Antrag:

Der Gemeinderat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele Plätze für Kinder kann das Ferienangebot «profawo» für die Schulferien jeweils zur Verfügung stellen? Wie viele Anfragen für einen Ferienbetreuungsplatz sind bei «profawo» für die Frühlingsferien 2022 eingetroffen?
2. Gibt es eine Warteliste? Wie viele Kinder waren mit Blick auf die Frühlingsferien 2022 auf einer solchen Warteliste?
3. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, falls das Angebot von «profawo» die tatsächliche Nachfrage nicht decken kann?

Begründung:

Von verschiedener Seite berichten Eltern mit Kindern, dass beim Ferienbetreuungsangebot der Gemeinde, das durch «profawo» sichergestellt wird, für die Frühlingsferien Wartelisten bestehen und somit nicht alle Kinder einen Platz bei der Ferienbetreuung erhalten. Dies ist eine sehr unbefriedigende Situation und erschwert die Arbeits- und Ferienplanung berufstätiger Eltern sehr.

Hintergrund der grösseren Nachfrage dürfte sein, dass seit September 2020 die Kosten pro Tag pro Kind gesunken sind (je nach Einkommen müssen CHF 70, CHF 50 oder CHF 30 bezahlt werden). Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung. Allerdings müsste aber gleichzeitig sichergestellt werden, dass die dadurch erhöhte Nachfrage auch tatsächlich gedeckt werden kann. Es wäre problematisch für viele

Eltern, falls nur eine Minderheit und die «schnellsten» bei der Anmeldung einen Platz auf sicher für ihre Kinder erhielten.

Muri -Gümligen, den 24.Mai.2022

Karin Künti (SP)

A. Zaccaria, K. Schnyder, J. Brunner, K. Jordi, B. Häuselmann, W. Thut, H. Gashi, F. Grossenbacher, H. Meichtry, S. Bähler, S. Fankhauser, Ch. Lucas, P. Messerli, G. Grossen, B. Gantner, H. Beck, L. Bircher, E. Schmid, M. Koelbing (20)

Interpellation Franziska Grossenbacher Grüne / Karin Künti SP: Künftige Nutzung Container Egghölzli

Antrag:

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Wird die Containeranlage Egghölzli im Zusammenhang mit der Umnutzung der Asylunterkunft Tannental als Nebenstandort genutzt? Was ist der Stand der Abklärungen mit dem Kanton, welche der Gemeinderat in der MM vom 16. Februar 2022 kommuniziert hat?*
- 2. Besteht weiterhin ein Bedarf an zusätzlichen Plätzen zur Unterbringung von Asylsuchenden über die Unterkunft im Tannental hinaus?*
- 3. Erachtet der Gemeinderat die Containeranlage Egghölzli im heutigen Zustand als weiterhin nutzbar?*
- 4. Wenn nein, welche Sanierungsarbeiten will der Gemeinderat machen und wie hoch werden die Kosten geschätzt?*
- 5. Falls die Containeranlage vorübergehend nicht mehr genutzt werden soll, plant der Gemeinderat weiterhin einen Ersatz der Containeranlage Egghölzli?*
- 6. Falls der Ersatz der Containeranlage kein Thema ist: Wie und wo will der Gemeinderat in einer nächsten Flüchtlingskrise innert kurzer Frist zusätzliche Plätze zur Unterbringung von Asylsuchenden schaffen?*

Begründung:

Am 16. Februar 2022 informierte der Gemeinderat in einer Medienmitteilung über die Umnutzung der Asylunterkunft im Tannental. Er kündigte an, die Containeranlage Egghölzli als Nebenstandort für eine vorübergehende Inbetriebnahme für weitere 20 Plätze zu prüfen. Auf Wunsch einiger Parlamentarier:innen fand am 22. März 2022 eine Besichtigung der Container statt. Die Anwesenden konnten sich ein Bild davonmachen, dass die Containeranlage in einem sehr schlechten Zustand ist und eine menschenwürdige Unterbringung nicht mehr möglich ist (defekte Böden und Decken, miserable sanitäre Anlagen, defekte Fenster etc.). Die Containeranlage Egghölzli war bereits Thema des Postulates forum (Slongo), welches an der Sitzung des GGR vom 18.8.2020 behandelt und abgeschrieben wurde. In der Antwort des Gemeinderates steht, dass die beiden Containeranlagen Moos und Egghölzli sehr unterhalts- und kostenintensiv seien (Stromkosten für beide Container von Fr. 25'0000 pro Jahr!). Die Container sind also nicht nur unbewohnbar, sondern auch aus ökologischer und finanzieller Sicht nicht mehr tragbar. Im Investitionsplan sind denn auch die Kosten für einen Ersatz der Containeranlage Egghölzli eingestellt (Als Zwangsbedarf «Es handelt sich um eine unumgängliche Ersatz- oder Erneuerungsinvestition zur Erfüllung einer gesetzlichen oder reglementarischen Aufgabe»). Es interessiert die Unterzeichnenden, was der Gemeinderat mit der Containeranlage Egghölzli beabsichtigt.

Muri bei Bern, den 24. Mai 2022

Franziska Grossenbacher
Karin Künti

H. Meichtry, S. Bähler, J. Brunner, K. Schnyder, A. Zaccaria, S. Fankhauser,
G. Grossen, B. Gantner, P. Messerli, H. Beck, E. Schmid, M. Koelbing (14)

Interpellation Beck (EVP): Schulraum für die Willkommensklasse

Antrag:

Ich bitte den Gemeinderat folgende Fragen zum Prozess rund um die Einführung Willkommens-Klassen (Intensivklasse Deutsch) für die Ukraine-Flüchtlinge zu beantworten:

- 1. Wer hat den Entscheid getroffen, eine der Willkommensklassen für die Kinder der ukrainischen Flüchtlinge ab August im ehemaligen Kindergarten Sonnenfeld anzusiedeln?*
- 2. Wurden Alternativen zu diesem Standort geprüft und falls ja von wem und weshalb kamen diese nicht in Frage? Was ist beispielsweise mit dem «Spez.zimmer (i.e «Geographiezimmer») im Schulhaus Moos, Rainweg 11 oder in der Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen (Wohnung im 1. Stock)? Weshalb konnten der Standort Aebnit nicht beibehalten werden? Warum musste ausgerechnet der langjährigen und bewährten Spielgruppe Strubelimutz so kurzfristig die Räumlichkeiten gekündigt werden?*
- 3. Wie steht der GR zur unkoordinierten Kommunikation rund um diese Situation?*
- 4. Wie beurteilt der GR die Tatsache, dass die Willkommensklasse im Sonnenfeld abgekoppelt von einer Schulanlage angesiedelt ist und somit kaum Möglichkeiten zur Integration durch künftigen Schulkollegen/innen bestehen? Wird diesem Umstand konkret entgegengewirkt?*
- 5. Wird die Schulsozialarbeit am Standort Sonnenfeld präsent sein?*
- 6. Können die Kinder vom Standort Sonnenfeld eine Tagesschule besuchen und wie wird der Transport zur nächsten Tagesschule gelöst? Können die Kinder vom Standort Sonnenfeld eine Tagesschule besuchen und wie wird der Transport zur nächsten Tagesschule gelöst?*
- 7. Sind bereits Standorte für weitere Willkommens- Klassen bekannt und sind dafür weitere Kündigungen erforderlich?*
- 8. Sind bereits Standorte für weitere Willkommens- Klassen bekannt und sind dafür weitere Kündigungen erforderlich?*
- 9. Welche Haltung hat der GR zu peripheren Kindergärten (Kindergarten losgelöst von einer Schulanlage)? In der Schulraumplanung Muri-Gümligen 2017/18 werden die organisatorischen und betrieblichen Vorteile erwähnt, wenn Kindergärten in unmittelbarer Nähe der Schulanlagen sind. Teilt der GR diese Meinung weiterhin?*

Begründung:

Kinder von Schutzsuchenden haben Anspruch auf Schulbildung. Ich finde es daher toll, dass die Schule Muri trotz starker Belastung in der Corona-Krise weiterhin viel Engagement zeigt und in unserer Gemeinde zwei Willkommensklassen auf die Beine gestellt hat.

Da der Schulraum in unserer Gemeinde anscheinend knapp ist, hat die Gemeinde der Spielgruppe Strubelimutz kurzfristig die Räumlichkeiten gekündigt. Genau diese Räumlichkeiten werden ab August für eine der zwei Willkommensklassen für die ukrainischen Schulkinder benötigt. Zwei Spielgruppenleiterinnen erhielten dadurch die Kündigung.

*Seit mehr als 35 Jahren gibt es die Spielgruppe Strubelimutz in unserer Gemeinde. Seit 2002 – **also seit 20 Jahren** - befindet sich der Strubelimutz im ehemaligen Kindergarten am Sonnenweg 44.*

Ich frage mich, ob es wirklich nur diese Möglichkeit gab, einer bewährten Institution die Räumlichkeiten zu kündigen. Weshalb konnte die Willkommensklasse beispielsweise nicht im neuen Haus am Rainweg 11 oder in der Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen (Wohnung im 1. Stock) eingerichtet werden. Dadurch wäre eine gewisse Nähe zu den Schüler/innen in den anderen Schulen möglich gewesen.

Bereits vergangenes Jahr wurde durch die Umstrukturierung des Tannentals klar, dass zusätzliche Kapazität in den Schulklassen gebraucht werden würde. Damals war der Ukraine-Russland-Konflikt noch nicht eskaliert. Die bereits vorhandenen Engpässe im Schulraum scheinen nun fast den Deckmantel des Ukraine-Russland-Konflikts zu geniessen.

Gümligen, 24. Mai 2022

Hanna Beck (EVP)

B. Gantner, P. Messerli, G. Grossen, S. Fankhauser, K. Schnyder, A. Zaccaria, W. Thut, B. Häuselmann, K. Jordi, J. Brunner, K. Künti, D. Arn, E. Zloczower, E. Schmid, M. Koelbing (16)

Mitteilungen

Der Vorsitzende: Wir kommen zu verschiedenen Mitteilungen.

Wir werden anlässlich der nächsten Sitzung im Juni ein komplexes Thema vorgelegt bekommen, dies ist der Verpflichtungskredit zur Sanierung des Gemeindehauses und der Neugestaltung des Aussenraumes. Um uns hier bestmöglich vorbereiten zu können, findet eine Fragestunde im Gemeindehaus am 07. Juni 2022, zwischen 17.30 und 18.30 Uhr, statt. Aus organisatorischen Gründen wird gebeten, sich dafür anzumelden oder konkrete Fragen zu stellen bis Freitag, 03. Juni 2022.

Der heutige Umtrunk ist von der SP organisiert worden. Den nächsten Umtrunk am 21. Juni 2022 bitte ich die FDP unter die Federn zu nehmen.

Eva Schmid (SP): Ihr habt ja vielleicht bereits ein Mail erhalten im Vorfeld von den Fraktionspräsidien. Wir würden auf Anregung von Joe eine Spendensammlung machen. Dies ist nicht zur Finanzierung des Apéros, sondern für die Flüchtlingshilfe im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg. Wir würden den Erlös dem HEKS spenden. Wir wissen natürlich, dass Ihr sicher privat schon gespendet habt, aber wir haben das Gefühl, es ist ein Privileg, dass wir hier im Parlament tagen dürfen. Dies wäre eine Möglichkeit, dem Ausdruck zu geben, dass wir unsere Solidarität zeigen. Wir werden eine Box aufstellen. Das Apéro findet im Raum neben der Turnhalle statt.

Joe Brunner (SP): CHF 22.75 hat im Durchschnitt jedes Mitglied des GGR gespendet.

Werte Anwesende: Das ist das Resultat des Aufrufs unseres Präsidenten, für die ukrainischen Kriegsgeschädigten zu spenden.

Nach meinem Empfinden entsprechen die CHF 22.75 nicht den Vorstellungen, die unsere Wählerinnen und Wähler von uns haben, und sie entsprechen ja auch nicht unserem Stolz, Mitglied dieses hohen Gremiums zu sein.

Unser Präsident hat mit gutem Grund darauf verzichtet, dem Rat vorzuschlagen, das Sitzungsgeld von einer Sitzung zu spenden. Das wären dann nur CHF 60.00 pro Ratsmitglied. Aber der Grosszügigkeit sollen keine Grenzen gesetzt werden. Ich habe das so verstanden, dass ich ein Hunderternötli in die GGR-Kasse gelegt habe, nachdem ich schon zuvor ein paar CHF 100.00 gespendet habe. Federer hat laut Medienberichten CHF 500'000.00 gespendet. Auch wenn ich tausendmal weniger spendete, gab mir das ein gutes Gefühl. "Grosszügigkeit beglückt", sagt der Dalai Lama. Grosszügigkeit beglückt. Das stimmt garantiert, versucht es

doch auch bei der heutigen zweiten Sammlung. Auch der Gemeinderat ist eingeladen, sich zu beteiligen.

Der Vorsitzende: Ich komme zum Schluss der Sitzung.

Gehaltene Voten sind in schriftlicher Form an Karin Pulfer oder Sarah Schlumpf zu senden.

Ich wünsche Euch einen schönen Abend und freue mich auf die nächste Sitzung. Diese findet am 21. Juni 2022 statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Reto Lauper

Sarah Schlumpf